

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Montag, den 28. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Anklageschrift wider Willen.

Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hat vor kurzem eine Übersicht über den Stand seiner Arbeiten veröffentlicht. Wenn es noch irgend eines Beweises dafür bedurfte, wie sehr Theorie und Praxis unserer Gesellschaft voneinander abweichen, wenn es gilt, ernsthafte sozialpolitische Arbeit zu leisten, dann würde mit dem Berichte diese Lücke ausgefüllt. An der Hand der rund 200 Seiten starken Veröffentlichung kann man wieder mit aller Deutlichkeit sehen, wieviel Elend, Not und Sorgen im Volke umgehen und wie wenig schließlich trotz des besten Willens der Gesellschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose dagegen getan werden kann, solange man nicht die Art an die Wurzel fest.

Es bestehen jetzt in Deutschland 138 Heilstätten der verschiedensten Art, die alljährlich 40 000 Kranke versorgen können. Was will diese bescheidene Zahl bedeuten gegenüber den Millionen Kranker? Noch mehr muß das Heilswerk zusammenschrumpfen, wenn man bedenkt, daß der Aufenthalt in der Heilstätte nur 10 bis 12 Wochen dauert und andererseits, daß es Hunderttausenden überhaupt unmöglich ist, dort Heilung zu suchen, weil sie entweder nicht versicherungspflichtig oder weil sie schon zu weit in der Erkrankung vorgeschritten sind. Auch aus diesem neuesten Geschäftsbericht ergibt sich, daß die Grenzen immer enger gezogen worden sind und die Auswahl der Pfleger immer engerherziger wird, damit man sich die Statistik nicht verderbt. Man hat neuerdings Beobachtungs- und Durchgangsstationen geschaffen, in denen die Aufnahmebereitschaft vorher festgestellt wird. Unheimlich groß ist die Zahl derer, die gar nicht in die Heilstätte gelangen. Für die Zukunft kommt zudem noch in Betracht, daß die Landesversicherungsanstalten für Besuche um Gewährung des Heilverfahrens immer unzugänglicher werden und das neue Gesetz hier eine Verschlechterung gebracht hat.

Die Tuberkuloseerkranklichkeit hat 1911 in Preußen eine Kleinigkeit abgenommen, und zwar um 0,12 bei 10 000 Einwohnern. Es entfallen nach den neuesten Feststellungen aber immer noch 15,17 Todesfälle auf 10 000 Einwohner. Man darf wohl das Sinken der Sterblichkeitsziffer mit auf die gebesserte Konjunktur zurückführen, schließlich soll man auch die durch die Gewerkschaften gebesserten Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht vergessen, die von der anderen Seite geholfen haben, dem Würgeengel Schwindsucht manches Opfer zu entreißen und die Lebensdauer zu verlängern, weil mehr für den Haushalt ausgegeben werden konnte.

Große Meinungsdivergenzen bestehen immer noch über die Erfolge in den Heilstätten. Die Frauen kommen dabei in der Regel besser weg, wie die Männer, weil die Verhältnisse, in die sie zurückkommen, doch günstiger liegen, als bei dem Mann, der in den meisten Fällen eine verschuldete Familie antrifft und nun darauflos schuftet, um wieder ins Lot zu kommen. Rund ein Sechstel wird überhaupt ohne Erfolg behandelt, zum Teil auch vorzeitig entlassen; zwei Drittel kommen als gebessert in Betracht. Man teilt die Kranken in drei verschiedene Klassen (Stadium I bis III) ein, wobei die I. Klasse, die leichter Erkrankten, den größten Prozentsatz stellt und innerhalb der Klasse wiederum die Frauen. Nach Abschluß der Heilstättenbehandlung ergibt sich gewöhnlich das Bild, daß die Klasse III in II und die Klasse II in I kommt, während die Klasse I in das Stadium 0 rüberzieht.

Die Kosten für die Unterbringung in die Heilanstalt betragen durchschnittlich 381,86 Mk. pro Krankheitsfall; insgesamt haben die verschiedenen Anstalten und Kassen in den 18 Jahren der Heilstättenbewegung 177 Millionen ausgegeben. Das ist eine lächerlich geringe Summe gegenüber dem Massenelend, das gerade auf diesem Gebiete vorhanden ist.

Interessant ist folgende Stelle in dem Bericht, der einer Untersuchung Freudenbergers in München entnommen ist:

Durchgehends wird die Beobachtung gemacht, daß, anstatt daß die an sich schon geringen Ausgaben für Lebensmittel erhöht werden, wie es die kräftigere Ernährung eines Kranken erfordert, im Gegenteil infolge der Krankheit der Aufwand für Nahrungszwecke eine erhebliche Einschränkung erfährt. Die Ernährung der tuberkulösen arbeitsunfähigen Krankenmitglieder wird somit nicht nur als ungenügend anerkannt, sondern ist auch von einer Einseitigkeit, die im größten Widerspruch steht mit dem Bedürfnis des Kranken nach einer abwechslungsreichen, appetitreizenden Kost; auch hieraus werden sicherlich nicht geringe Ernährungsverluste entspringen.

Das ist ein klatschender Schlag ins Gesicht unserer Nahrungsmittelverteuerer. Der Bericht drückt diese Stelle

zustimmend und ohne Kritik ab. Besondere Beachtung verdient auch die Klage über die hohe Zahl erkrankter Dienstboten, die wegen der schlechten Wohnverhältnisse und des engen Zusammenlebens zur Quelle der Weiterverbreitung werden.

Große Schwierigkeiten macht die Unterbringung der Schwerekranken. Diese sind nur schwer zu bewegen, sich isolieren zu lassen, hauptsächlich deshalb, weil die Familie meist eritzlos zurückbleibt und der Armenpflege anheimfällt. Hier bleibt also noch ein weites Feld für die Sozialpolitiker übrig. Der Bericht bringt dann eine große Reihe Urteile über den Zusammenhang zwischen Wohnung und Tuberkulose. Einstimmig kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, daß hier zuerst der Hebel angefaßt werden muß. Zu dem Wohnungsmangel kommt der Bettmangel, ferner das Fehlen von Wäsche usw. So hilft alles zusammen, dem unheimlichen Gast Tuberkulose die Bahn frei zu machen. Waldschulen und Waldheilstätten für Kinder sind bis jetzt leider erst in wenigen Gemeinden eingerichtet worden; auch hier muß noch stark nachgeholfen werden.

Man legt den Bericht aus der Hand mit der Frage, ob denn den verantwortlichen Stellen nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, wenn sie lesen, daß Hunderttausende infolge Mangels an Nahrung, Kleidung und Wohnung zugrunde gehen. Will man denn weiter auf den elenden Kricken der Heilstättenbewegung über den Berg von zertretenen Menschen hinwegklettern?

Der Balkankrieg.

Vom Kriegsschauplatz liegen heute wiederum eine Anzahl einander widersprechender Meldungen vor: Die Türken behaupten, daß sie Kirk-Kilisse wieder genommen haben. Sie lassen sogar diesbezügliche amtliche Meldungen in die Welt hinausgehen. Trotdem sind sie erschwändelt. Und es bedurfte gar nicht erst eines Dementis von bulgarischer Seite, um die Unwahrscheinlichkeit einer solchen Meldung zu erkennen. Es steht vielmehr fest, daß Adrianopol von Norden und Westen her völlig umklammert ist und daß, wenn die Türken nicht bald ernsthafte Anstalten machen, auch die östliche und südliche Umklammerung für die nächsten Tage bevorsteht. Dann aber ist das Schicksal Adrianopols besiegelt. Östlich von Adrianopol soll nach bulgarischer Meldung ein Gefecht stattgefunden haben, bei dem 11 000 Türken gefangen genommen sein sollen. Ein Teil Adrianopels ist durch die Bulgaren in Brand geschossen worden. Mehrere Forts sind bereits gefallen.

Die Lage vor Adrianopol wird durch folgende Drahtmeldungen aus österreichischer und englischer Quelle charakterisiert: Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet über die Einschließung Adrianopels auf der West- und Nordfront durch die Truppen des Generals Swanow von Freitag abend: Die durch flüchtige Befestigungen verstärkten bulgarischen Zernierungslinien beginnen nördlich vom Maricaflusse und südwestlich von Radinkahof in nördlicher Richtung über Höhenzahl 171 der Generalstabskarte 1:200 000 und bei Enkekikoj sodann östlich über die Höhen von Hararas am Tundjaflusse zu gehen. Seseits des Tundja führt die bulgarische Stellung weiter allgemein nördlich des Travodisicflusses etwa einen halben Kilometer nördlich von Arnaukoj und verläuft dann in südöstlicher Richtung bis Musubeji an der Straße nach Kirk-Kilisse. Die schwere Artillerie der Bulgaren beschießt zurzeit mit günstigem Erfolge die Catalzagruppe auf der Nordwestfront von Adrianopol. Heute unternahmen die Türken einen neuen Ausfall in der Richtung auf Arnaukoj, der aber ebenso, wie der gestrige mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurde. Zur Einschließung Adrianopels auf der Ostfront rückt eine starke bulgarische Kolonne über Travodija und Gadera vor, um östlich von Musubeji bis an die Straße von Konstantinopel vorzugehen. Von Westen ging bereits gestern auf dem rechten Ufer des Maricaflusses eine starke Kolonne gleichzeitig mit der Ardagruppe vor und erreichte nach heftigen Kämpfen bei Surus und Kuzel die Höhen westlich von Maras. Beide Gruppen haben jetzt gemeinsam die Aufgabe, die Einschließung von Adrianopol auf der Südwestfront im Rnie der Marica durchzuführen und bei Sosnako die Verbindung mit den bulgarischen Truppen auf östliche Ufer der Morica herzustellen, womit der Ring um die Festung geschlossen sein wird.

Es ist sicher anzunehmen, daß im Kampfe um Adrianopol noch viel Menschenblut fließen wird, da die Türken diese Feste nicht so leichtem Kaufes fallen lassen können.

Die serbischen Truppen haben im Sandschak nun auch Steniza eingenommen; damit und mit dem Fall von Novibazar sind sie Herren des Sandschaks geworden.

Sie haben daraus bereits einen neuen serbischen Verwaltungskreis unter dem Namen Novibazar gemacht. — Nach der Einnahme von Rumanows durch die Serben drangen letztere auf Uskub vor. Sonnabend nachmittag haben die Türken auch diese bedeutungsvolle Stadt kampfslos geräumt. In Steniza haben sich die montenegrinischen und serbischen Truppen vereinigt.

In der serbischen Hauptstadt Belgrad ist die Stimmung trotz der günstigen Nachrichten über den Vormarsch der serbischen Armeen, die die Türken in blutigen Kämpfen überall zurückdrängen, ziemlich gedrückt infolge des fortgesetzten Eintreffens neuer Verwundetentransporte. Die Spitäler sind mit Verwundeten bereits überfüllt. Leichenwagen durchziehen in langen Reihen die Straßen, und die Passanten entblößen das Haupt vor der Bahre der auf dem Felde der Ehre Gefallenen. Die furchtbaren Opfer an Menschenleben, die der Krieg fordert, dämpfen den Ausdruck der Freude über die errungenen Erfolge. Alles deutet auf außerordentlich schwere Verluste der vordringenden Heere, die jedoch von den türkischen Verlusten noch übertroffen worden sein sollen. So offenbaren sich selbst in der Hauptstadt erschütternd die Schrecken des Krieges. Die Schweigsamkeit der Militärbehörden, die keine Verlustlisten veröffentlichen, wirkt ebenfalls deprimierend auf die Bevölkerung, die zwar ihre gewohnte äußere Ruhe bewahrt, aber mit begreiflicher Sorge die langen Züge von Verwundeten eintreffen sieht.

Aber die Kämpfe bei Skutari wird berichtet, daß die Montenegriner die Stadt von allen Seiten umringt haben. Jede Verbindung mit der Außenwelt ist abgeschnitten und in der Stadt herrscht Hungersnot. Die Umgebung von Skutari ist zum Teil verwüstet, da die Dörfer, die Widerstand leisteten, zerstört wurden. Die Landbewohner haben die ganze Ernte zurückgelassen und sind nach Skutari geflohen. Da infolge eines fünf Tage andauernden Regens die Straßen völlig durchweicht sind, ist der Transport von Proviant und Munition nur auf Maultieren möglich. Albanische Banden plündern, doch leisten sie den Montenegrinern keinen Widerstand.

An der griechischen Grenze wollen wieder einmal beide kriegführenden Mächte gegeneinander kämpfen. Die Griechen haben anscheinend Strivina eingenommen, während die Türken behaupten, die Griechen hätten Strivina aufgegeben.

Aber Beschlagnahme von Handelsdampfern durch die Griechen wird gemeldet: Nach einem bei Londoner Reedern eingetroffenen Telegramm ist der britische Dampfer „Polurian“ von den Griechen beschlagnahmt und nach Muddros (Insel Lemnos) gebracht worden. Nach einer weiteren Lloydmeldung aus Korfu ist am 24. Oktober der österreichische Lloyd-Dampfer „Meran“ in der Nähe von Kap Stilo von einem griechischen Kanonenboot angehalten und nach Korfu gebracht. Dort wurden fünfzehnhundert nach Albanien bestimmte Säcke Mehl ausgeladen, worauf dem Dampfer gestattet wurde, die Reise fortzusetzen.

Aber eine Blockade von Lemnos veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ folgendes: Nach einer Mitteilung der griechischen Gesandtschaft in Berlin an das Auswärtige Amt wird die Insel Lemnos auf Befehl des kommandierenden Admirals der griechischen Flotte des Ägäischen Meeres seit dem 21. d. Mts. blockiert. Den neutralen Schiffen ist zum Verlassen des Hafens der Insel eine Frist von 24 Stunden bewilligt worden.

Den Bulgaren sind die errungenen Siege zu Kopf gestiegen, wie aus folgender aus Stara-Zagora eingegangenen Meldung hervorgeht: Bei dem Dankgottesdienst anlässlich des Falles von Kirk-Kilisse apostrophierte der Metropolit den König von Bulgarien als den ersten Kaiser des neuen griechisch-orthodoxen Reiches, das sich auf den Trümmern des zerstörten osmanischen Reiches erheben werde.

Am Sonnabend brachte die deutsche bürgerliche Presse Meldungen über die aus russischen Quellen stammenden Mahnungen an die Großmächte, dem Blutvergießen auf dem Balkan nunmehr Einhalt zu tun. Als Antwort darauf darf man eine durch die Scherzpresse verbreitete Note auffassen, die besagt:

„An hiesiger unterrichteter Stelle hält man daran fest, daß angesichts der immer noch unentschiedenen militärischen Lage von einem bestimmten Entschluß der Mächte, zu intervenieren, noch nicht die Rede sein kann. Richtig allein ist, daß die Mächte in steter Fühlung miteinander sind, und daß der zwischen ihnen gepflogene Gedankenaustausch den Zweck hat, den streitenden Parteien im entscheidenden Moment ihre Vermittlungsdienste anzubieten. Wenn man auch weit entfernt davon ist, die bisherigen glänzenden Erfolge der vier gegen die Türkei kämpfenden Balkanstaaten, insbesondere Bulgariens, in Abrede zu

stellen, so kann doch schon heute von einem e u r o p ä i s c h e n S i e g i h r e r T r u p p e n n o c h k a u m d i e R e d e s e i n , z u n a c h d a s G r o s d e r t ü r k i s c h e n F e l d a r m e e n o c h s o g u t w i e i n t a k t d a s t e h t u n d e r s t z u b e w e i s e n h a t , o b e s s i c h d e m a n s t r e m e n d e n G e g n e r n i c h t d o c h n o c h e r f o l g r e i c h e n t g e g e n z u s t e l l e n v e r m a g . E i n e I n t e r v e n t i o n i n d i e s e m A u g e n b l i c k m ü s s e d i e T ü r k e i a l s u n b e n d e r l i c h e n A k t a n s e h e n . W e n i g W a h r s c h e i n l i c h k e i t h a t d e m n a c h a u c h d i e M e l d u n g , e i n i g e M ä c h t e h ä t t e n b e r e i t s p r i n z i p i e l l b e s c h l o s s e n , d e n G e d a n k e n a n d i e A u f r e c h t e r h a l t u n g d e s S t a t u s q u o a m B a l k a n a u z u g e b e n . E i n e s o l c h e A b s i c h t k a n n a u c h n i c h t b e s t e h e n a n g e s i c h t s d e r L a s t a c h e , d a s s e i n e g r o s s e t ü r k i s c h e A r m e e z u r z e i t n o c h i m B e g r i f f s t e h t , d i e I n t e g r i t ä t d e s R e i c h e s s e l b s t z u v e r t e i d i g e n . E s s c h e i n t d a h e r k a u m d e n k b a r , d a s s m a n s c h o n j e t z i r g e n d w o g e m i l l t s e i n s o l l t e , d e n T ü r k e n i n d e n A r m z u f a l l e n u n d s i e d e r M ö g l i c h k e i t z u b e r a u b e n , s i c h i h r e r G e g n e r m i t E r f o l g z u e r w e h r e n . D e n n n o c h h a b e n d i e T ü r k e n d a s W o r t ! "

Die bürgerliche Presse vom "Berliner Tageblatt" bis zur "Post" stellen der europäischen Diplomatie die Note aus, sie sei auf der ganzen Linie geschlagen und von der Aufrechterhaltung des Status quo, der unveränderten Abgrenzung der Balkanländer, könne keine Rede mehr sein. Die freikonservative "Post" konstatiert mit Genugtuung, daß die Kriegsfurie den Formelkram der Diplomatie hinweggefegt hat, und sie sieht schon, wie es eines Tages auch zwischen den beiden großen Mächtegruppen ums Weigen oder Brechen gehen, also der europäische Balkerkrieg entbrannt sein wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Erstwahl in Berlin I.

Die Konservativen wollen allen Ernstes eine lebhafteste Agitation für ihren Kandidaten, Rechtsanwalt Ulrich, entfalten. Dem Aufruf, den sie erlassen haben, wollen wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Bei der Wahl gilt es zunächst den Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, welche alles, was dem vaterländisch Gesinnten heilig ist, in den Staub zieht. Sodann gilt es, auch gegen die bürgerliche Demokratie den Kampf aufzunehmen, welche eine Ehre darin zu suchen scheint, die Sozialdemokratie in gehässiger zügelloser Kritik der bestehenden Ordnung zu übertreffen.“

Die Leitung der konservativen Agitation liegt in den Händen des antimilitärisch christlich-sozialen Abg. M u m m , der zunächst damit beginnt, daß er um Zuhörung von Mitteln zur Deckung des Wahlkampfes bittet. Die Summen können auf kein Postcheckkonto eingezahlt werden und wie verlautet, ist das Personal auf dem Postcheckkonto bereits erheblich vermehrt worden, um den zu erwartenden ungeheuren Geldverkehr glatt bewältigen zu können. Der fettsam bekannte „Reichsbote“, ein Raubdrucker schlimmster Sorte, ist auch bereits eifrig an der Arbeit, um in der unständigsten Weise für die konservative Kandidatur Stimmung zu machen. Das in Berlin völlig einflusslose Organ droht den Fortschrittlern:

„Über Stichwahlfragen erscheint es heute noch nicht an der Zeit zu sprechen; denn noch ist Herr Kampf nicht in der Stichwahl. Soviel aber erscheint heute schon sicher. Der Fortschritt hat es in der Hand, sich im gegebenen Augenblick die Hilfe der Konservativen zu sichern. Nur — b e d i n g u n g s l o s e r h ä l t s i e s i e n i c h t . Die Zeiten haben uns gelehrt, diesen Herren gegenüber Vorsicht walten zu lassen.“

Sollte man nicht meinen, diese Leute hätten mindestens Tausende von Wählern hinter sich? Dabei brachte es bei den Hauptwahlen im Januar der konservativ-antimilitärische Kandidat Thomas auf ganze 483 Stimmen!

Aus dem preussischen Landtage.

Das preussische Abgeordnetenhause setzte am Sonnabend vor überfüllten Tribünen, aber vor leeren Bänken die Debatte über die Fleischnotinterpellation fort. Das Interesse der großen Mehrheit ist, nachdem die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien gesprochen haben, erloschen. Was die Vertreter der Arbeiterklasse sagen, ist ihnen gleichgültig. Namentlich die Sätze der Reden und des Zentrums weissen große Lücken auf. Bei Beginn der Sitzung, als Genosse Ströbel das Wort erhielt, war sogar die Ministerbank völlig leer; erst während der Ausführungen unseres Genossen erschien der Minister des Innern und nach ihm auch der Landwirtschaftsminister, der allerdings nur vorübergehend im Saal blieb. Der Reichskanzler glänzte durch Abwesenheit.

Die Rede Ströbels gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der Regierung und den agrarischen Parteien. Im Gegensatz zu allen Vorrednern vom Freitag wies er den engen Zusammenhang der Zollpolitik mit den hohen Fleischpreisen nach und forderte einen völligen Bruch mit der Wirtschaftspolitik im Reich, sowohl, als auch mit der arbeitereindlichen Politik, wie sie in Preußen getrieben wird. Von einer durchgreifenden Besserung der Lage der breiten Massen des Volkes so betonte er, könne erst nach der Durchführung des sozialistischen Endziels geredet werden.

Der Minister des Innern, der nach ihm sprach, leistete sich ein echt preussisches Polizeistück. Ströbel hatte sich u. a. zum Beweis für die Schäden der Fleischsteuerung in gesundheitslicher Beziehung auf die Untersuchungen des Kreisarztes Thomalla-Altena bezogen, der nachgewiesen hatte, daß in Altena die Fleischpreise um 30 Pfg. pro Pfund gestiegen sind und daß gleichzeitig die Zahl der stropfartigen Kinder erheblich zugenommen hat. Diese Feststellungen sind natürlich den herrschenden Kreisen unangenehm und hatte der Minister des Innern, dem in Preußen neben der Polizei auch das Gesundheitswesen unterstellt ist, nichts eiligeres zu tun, als eine besondere Kommission nach Altena zu senden, um die Angaben von Thomalla nachprüfen zu lassen. Diese Kommission ist, da sie von vornherein mit einer bestimmten Tendenz arbeitete, natürlich zu einem ganz anderen Resultat gekommen, was der Minister des Innern zur großen Freude der Agrarier dem Hause am Sonnabend vortrug. Ja noch mehr, mit Rücksicht auf diese angeblichen Feststellungen glaubte er sich jede weitere Entgegnung auf die Rede Ströbels ersparen zu können.

Man sieht, unsere Herren Minister machen sich ihre Arbeit bequem.

Es sprachen noch, ohne indessen wesentliche Momente zutage zu fördern, die Abgeordneten Heine (Natlib.), Hoff (Volkspartei), Dr. Hahn, der sich wider Erwarten in seinen Ausführungen große Beschränkung auferlegte, und Giesberts vom Zentrum, der sich in maßlosen Angriffen gegen die Sozialdemokratie erging und die agrarische Wucherpolitik des Zentrums zu rechtfertigen suchte. Als unsere Genossen erwidern wollten, wurde ihnen von der Mehrheit das Wort abgeschnitten, sie mußten sich auf einige persönliche Bemerkungen beschränken. Damit war die Besprechung der Interpellation beendet. Montag: Erste Lesung des Schlepplumpenprojektes, Petitionen und Antrag Gottschalk, betreffend Schulpflicht und Schulverhältnis.

Mißlungene Ausflüchte.

Die „Post“ führt als Beweis gegen die Behauptung, daß auch Freikonservative den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, an, daß Graf Bernstorff in Lauenburg 1886 nur nationaler Sammelkandidat gewesen ist, und daß Amtsgerichtsrat Franke vielleicht ein Nationalliberaler gewesen sei. Zunächst muß doch festgestellt werden, daß die Konservativen in Lauenburg tatsächlich Freikonservative sind. Alle in Lauenburg gewählten konservativen Reichstagsabgeordneten schlossen sich der freikonservativen Fraktion an, 1867 v. Bülow, 1884 Herbert Bismarck und später Graf Bernstorff. Es war diese Partei auch kein Gemisch von Nationalliberalen, Freikonservativen und Konservativen, denn die liberalen Kandidaten, z. B. Wulff, Krüger, Dr. Hammacher und Westphal waren Nationalliberale. Und gerade in der Agitation gegen den Nationalliberalen fanden die Freikonservativen zum ersten Male den Weg zur Sozialdemokratie. Der Abgeordnete des Kreises, der nationalliberale Finanzrat Krüger, war 1885 zum Provinzialsteuerdirektor ernannt. Am 26. Juli fand eine Nachwahl statt. Bei dieser Nachwahl erhielten Graf Bernstorff (Rp.) 1755, Krüger (Natlib.) 1685 und Finn (Soz.) 1070 Stimmen. Vor der Stichwahl sollten im ganzen Kreise die Sozialdemokraten Stellung zur Stichwahl nehmen. Für Sonnabend war die Versammlung in Lauenburg, für Sonntag in Mölln, Radeburg und einigen anderen Orten angesetzt. Pflöglisch wurden das sozialdemokratische Wahlkomitee und die für Sonnabend angezeigten Redner eingeladen, am Sonnabend nachmittags im Warrelaal 2. Klasse in Büchen zu erscheinen. Dort trafen unsere Genossen den Grafen Bernstorff und eine Anzahl anderer Herren, die ihnen als Mitglieder des Wahlkomitees der Freikonservativen vorgestellt wurden. Man sagte ihnen, daß sie doch für den Grafen Bernstorff eintreten müßten. Die Nationalliberalen seien Vertreter des Mandatverlustes. Wohin diese Politik führe, das habe der Gründerkrach bewiesen. Graf Bernstorff hielt dann eine sehr arbeiterfreundliche Rede. Schließlich sagte ein Herr des Komitees: „Wenn Sie für Graf Bernstorff eintreten und er gewählt wird, dann wird man ihnen die sämtlichen Wahlkosten erlegen.“ Die Sozialdemokraten gingen nicht auf den Leim. Man gab als Parole aus, bei der Stichwahl nur weiße Zettel abzugeben, oder gegnerische Stimmzettel durch Hinzuschreiben von anderen Namen ungültig zu machen. Es wurden dann auch ca. 600 ungültige Stimmzettel abgegeben, und Graf Bernstorff, der „nationale Sammelkandidat“ unterlag dem nationalliberalen Krieger.

General Keim,

der Machter des neuen Wehrovereins, hat kürzlich einen Werbe-Aufruf erlassen, an dem er indessen in den eigenen Kreisen wenig Freude erlebt. In dem Keimischen Clarinet kam die schöne Stelle vor: „Für einen deutschen Mann sollte es keine höhere Auszeichnung geben, als gedient zu haben; auch in der staatsbürgerlichen Stellung des einzelnen sollte das zur Geltung kommen. Der Wehroverein sieht es als seine Aufgabe an, solche Gesinnung zu pflegen und zu verbreiten.“

Gegen diese allpreussische Bevorzugung des Kommizweifens protestiert ein Lehrer des in Siegen erscheinenden „christlichen“ Blattes „Das Volk“. Er bezeichnet sich als Theologe und meint, der Aufruf bedeute gerade für ihn eine schwere Beleidigung, er habe früher immer am Sedanfest eine schmetternde Kaiserrede gehalten und könnte natürlich das jetzt nicht mehr tun. Was bedeute denn der Aufruf?

„Akademiker, die, wenn sie nicht gerade geistig minderwertig sind, eo ipso patriotisch gesinnt sind, sollen, wenn sie zufällig nicht gedient haben, Menschen zweiter Klasse sein, Sozialisten dagegen, die gezwungen Soldat waren, Menschen erster Klasse!“

Das „Volk“, das diese Entrüstungskundgebung ausdrückt, bemerkt dazu, der Aufruf entsamme der Feder des Generals Keim, dem wohl zu empfehlen sei, in Zukunft solche beleidigenden Entgleisungen zu vermeiden.

Der geistig vollwertige Akademiker scheint des Generals Keim würdig zu sein, wenigstens mit seinem Sozialistenhaß. Kein Akademiker, der eo ipso Patriot ist, hat das Recht, sich über Sozialdemokraten zu erheben, vielmehr wird jeder Werkmeister einer Fabrik und jeder Hauptmann einer Kompagnie gern beistimmen, daß die Sozialdemokraten überall die geistig regsamsten Staatsbürger sind.

Zwei konservative Politiker gestorben.

Der frühere konservative preussische Landtagsabgeordnete Professor Dr. Bernhard S r m e r ist in Greifswald gestorben. S r m e r ist 62 Jahre alt geworden. Er war bis zum Jahre 1893 Professor an dem königlichen christlich-sozialen Gymnasium in Berlin. In Beginn der stöckerischen christlich-sozialen Bewegung schloß er sich dieser an, in der Hoffnung, durch sie nach oben getragen zu werden. Er wurde auch in das Berliner Stadtverordnetenkollegium gewählt und übernahm da die Führung der sogenannten Bürgerpartei, brachte es aber viel weiter als er je gehofft, denn er zog nicht nur als Vertreter von Oberbarum in den preussischen Landtag ein, er wurde 1896 sogar in das Kultusministerium gerufen, um dort eine äußerst reaktionäre Haltung einzunehmen. Dann holperte er über die Kammerlage. Einer der heftigsten Heißspornen der Kon-

servativen, stimmte er mit den Landräten gegen das Regierungsprojekt und wurde dafür zwangsweise aus dem Kultusministerium hinausbefördert. 1906 erhielt er schließlich als einer der letzten Kanalarbeiter auch seinen Posten, er wurde zum Kurator der Universität Greifswald ernannt. Politisch ist er seitdem nicht mehr hervorgetreten.

Der andere konservative Politiker, den der Tod erlitt, ist der bekannte Scharfmacher im Baugewerbe, Bernhard F e l i c h , der als konservativer Abgeordneter auch dem preussischen Landtag angehörte. Felisch ist weniger als Politiker als als Gegner der Arbeiter, insbesondere der Bauarbeiter, hervorgetreten. In all den großen Kämpfen, die das Baugewerbe gegen die Unternehmer auszufechten hatte, spielte Felisch insofern eine unheilvolle Rolle, als er gegen jede verständige Einigung wirkte. In den letzten Jahren war er, der 73 Jahre alt geworden ist, etwas zurückgedrängt worden, und seitdem war es auch eher möglich, Verständigungen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Baugewerbe zu treffen. Felisch vertrat im preussischen Landtage den Wahlkreis Teltow.

Die goldene Mittelstraße.

Die von der Regierung benutzte offiziöse Korrespondenz, „Berliner Politische Nachrichten“, läßt sich über die Stellung der Regierung zur nächsten „Ausgestaltung der deutschen Zoll- und Handelspolitik“ aus. Nichts könnte, so wird ausgeführt, gefährlicher werden, als ein Hinneigen zu extremen Ansichten. Würde der Export Berücksichtigung finden, so würde der Freihandel betrieblig, aber die Grundlagen für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft beseitigt, hieße man nur die Interessen des Inlandmarktes maßgebend sein, so würde ein derartiges Vorgehen vielleicht den extremen Agrariern eine Anerkennung abringen, es würde aber eine sehr wichtige Quelle für die Ernährung eines großen Teiles der deutschen Nation verstopft werden. Der, der bei der nächsten Ausgestaltung der deutschen Zoll- und Handelspolitik zu beschreiten sei, liege in der Mitte. Es dürfe nicht die Frage aufgeworfen werden, ob Inlandsabzug oder Export zu berücksichtigen seien, sondern es müsse die Berücksichtigung beider von vornherein feststehen. Daß ein derartiges Vorgehen möglich sei, beweise die bisherige Wirtschaftspolitik, unter der beispielsweise der Wert der Ausfuhr im letzten Dreivierteljahr um rund eine halbe Milliarde gestiegen sei.

Zentrumlich-liberales Kommunalwahlkompromiß.

In M ü l h e i m a. Rh., wo unsere Genossen drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung haben, beschloffen Zentrum und Liberale ein Kompromiß, wonach in der dritten Klasse das Zentrum drei und die Liberalen zwei, in der zweiten Klasse jede Partei zwei Sitze bekommen soll.

Neue Unruhen in Südwest?

Der in Windhuk erscheinende „Südwestbote“ berichtet, daß die Hereros anscheinend planmäßig von ihren Arbeitsstätten weglaufen. Die Farmer sind durch diese Erscheinung sehr beunruhigt. Sie befürchten, daß sich die Hereros im Sandfeld sammeln und von dort aus einzelne Farmer überfallen könnten.

Vielleicht stellt das Kolonialamt schleunigst fest, aus welchen Ursachen die Hereros ihre Arbeitsstätten verlassen haben, vorausgesetzt, daß nicht die ganze Meldung auf Schwindel beruht, und daß sie nur zu dem Zwecke in die Welt gesetzt wurde, um Stimmung gegen eine weitere Verminderung der Schutztruppe zu machen.

Aus dem bayerischen Landtage.

Der Landtag erklärte in namentlicher Abstimmung den Ordnungsruf für berechtigt, den der Präsident v. Orterer am Donnerstag den sozialdemokratischen Abgeordneten A u e r erteilt hatte. Zentrum, Konservative und Bauernbündler bildeten die eine geschlossene Mehrheit für den Präsidenten.

England.

Kein Geld für Lohnerhöhungen bei der Marine. In England geht es gerade so wie bei uns. Die deutschen Soldaten haben viele Jahre auf eine Erhöhung ihrer karglichen Löhne warten müssen, weil dazu immer kein Geld vorhanden war. Erst in diesem Herbst ist endlich eine Zulage erfolgt, die karglich genug ausgefallen ist. In England sind die Mariner in der gleichen Lage. Der Parlamentskorrespondent der „Times“ erzählt, daß der Plan der Admiralität für eine Erhöhung der Besoldungen der Subalternoffiziere, Matrosen und Heizer in der Kriegsmarine vorläufig aufgeschoben worden ist, da sich Schwierigkeiten ergeben haben, die notwendigen Mittel bereitzustellen. — Wenn die englische Regierung nicht will, daß die Unzufriedenheit sich in dem Flottenpersonal festsetzt, wird sie wohl auf irgendeine Art die Mittel zu den Lohnerhöhungen schaffen müssen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 28. Oktober.

Zur Privatangestellten-Versicherung. Gestern (Sonntag) fand bekanntlich die Wahl der V e r t r a u e n s m ä n n e r für Lübeck und Umgegend statt. Die Wahlbeteiligung war nicht sehr groß. Einmal hatte das schlechte Wetter manchen Wähler zurückgehalten, dann aber auch ist die Ineffektivität der Privatangestellten für öffentliche Angelegenheiten ja bekannt. Es beteiligten sich nur ca. 1500 Wahlberechtigte von etwa 5000. Das Ergebnis der Wahl wird erst Ende der Woche vom Stadt- und Landamt ermittelt, unter Hinzuziehung von Arbeitgebern und Verfisherten. Wir werden dann noch näher darauf eingehen. Erwähnt sei noch, daß alle Wählervereinigungen gestern auf dem Posten waren und sich bemühten, für ihre Kandidaten Propaganda zu machen. Auch die Frauen taten das ihrige, doch ist schon jetzt zu verzeichnen, daß die Wahlbeteiligung seitens der weiblichen Wähler recht gering war, was gerade kein besonderes Zeichen sozialer Verständnisses bei den Frauen bedeutet!

Ein Bild wahrhaft rührender Hilfslosigkeit bietet die „Nordische Volkszeitung“, — das Organ der norddeutschen Katholiken — welche die undankbare Aufgabe, das bekannte Vortragszirkular der Lübecker katholischen Geistlichen zu verteidigen, dadurch zu lösen beabsichtigte, daß sie sich die Affen des Zirkus Busch und ihre Logik zu Hilfe holte.

Das Blatt sucht seinen polemischen Rückzug, den es jetzt antreten muß, mit einem Schwall von Schimpfwörtern gegen den „Lübecker Volksboten“ und anderem Geschwätz zu maskieren; wahrscheinlich dürfte dieses Verfahren sogar bei Zentrumsleuten nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen, die doch sicherlich durch keine Geistesverschwendung in ihrem Organ verhöhnt worden sind.

Der Wert der Abonnentenversicherung. Wiederholt ist im Reichstage und dem größeren Teil der Presse, auch von uns, ein gelegentliches Einschreiten gegen den Anflug der sogenannten Abonnentenversicherung, der ja auch in Lübeck betrieben wird, verlangt worden. Endlich scheinen diese Klufe einen Anfangserfolg zu haben. Die Reichsregierung hat die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten ersucht, ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete dem Reichsamt des Innern mitzuteilen. Das Reichsamt des Innern soll das eingehende Material zu einer Denkschrift verarbeiten. Auf das Erscheinen derselben wird man, da derartige Ermittlungen infolge der „bureaucratischen Gründlichkeit“, womit gearbeitet wird, längere Zeit in Anspruch nehmen, wohl etwas warten müssen. Ob die Denkschrift die Einbringung einer Gesetzesvorlage zur Folge haben, oder ob man die Initiative dazu dem Reichstage überlassen wird, steht noch dahin. Die Blätter mit Abonnentenversicherung wittern aber schon Gefahr. Nach Ankündigung des Schrittes der Reichsregierung traten in Berlin eine Anzahl Verleger zusammen und gründeten unter dem Namen: Vereinigung für Abonnentenfürsorge, einen Verein, um die „segenreiche soziale Einrichtung“ (segenreich für die Verleger) zu fördern und Angriffe gegen dieselbe zurückzuweisen. Der aus der Schmuckkonturrenz fließende Reibach ist in Gefahr und da heißt es für die Deutschen, sich wehren.

Wie notwendig aber ein beschleunigtes Einschreiten der Gesetzgebung ist, zeigen die „Wohltaten“, die die Abonnentenversicherung über die Hinterbliebenen der Toten von Lothringen „ausgeschüttet“ hat. Da sind zunächst die in der Unglücksgemeinde Gerthe erscheinenden Tageszeitungen zu nennen. Diese führen fast durchweg die Abonnentenversicherung und sichern für den Fall einer einzelnen tödlichen Verunglückung 800 Mk. zu. Ereignet sich ein Einzelunfall und sind alle sonstigen vom Verlag vorgeschriebenen feinsten ausgetüftelten Bedingungen erfüllt, dann wird in großartig aufgemachter Reklame bekanntgegeben, daß die Versicherungssumme gezahlt sei. Bei einem Waisenunfall ist es anders. Bei solchen kommt eine Bestimmung zur Geltung, wonach für sämtliche Tote zusammen nur ein Höchstbetrag zu zahlen ist, in den sich sämtliche Berechtigten teilen müssen. Bei dem Lothringer Unglück machte der auf die einzelne Familie entfallende Betrag bedeutend weniger als im Einzelfall aus, und darum haben die meisten Zeitungen wohlweislich unterlassen, die Höhe desselben bekanntzugeben. Das ist um so beachtenswerter, weil dieselben Blätter von Mitleid für die Hinterbliebenen übertrieben und zu allgemeinen Sammlungen aufriefen.

Den „größten Segen“ aber lieferte der Verlag des in 170 000 Exemplaren über ganz Deutschland verbreiteten Blattes: Der Hausfreund. Unter Berufung auf die nicht genaue Erfüllung seiner „Bedingungen“ zahlte er für mehrere seiner verunglückten Abonnenten — gar nichts! Eine Anspruch machende Witwe erhielt ein Schreiben, in dem es heißt:

In Ihrer Unfallsache müssen wir Ihnen mitteilen, daß Ihnen keine Unterstützung gezahlt werden kann, weil die vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt sind. Es wird Ihnen bekannt sein und das ersehen Sie auch aus den beifolgenden Bedingungen, daß uns jeder tödliche Unfall binnen drei Tagen anzumelden ist, unter gleichzeitiger Beifügung des mit unserm Verlagsstempel versehenen Unfallscheins für das 3. Quartal. Diese Bedingungen sind nicht erfüllt worden. Der Unfall passierte am 8. August. Laut Poststempel haben Sie uns aber erst am 16. August Meldung gemacht. Das ist zu spät. Außerdem haben Sie auch den gestempelten Unfallschein nicht mit eingeschickt. Wie aus den Bedingungen ersichtlich, hat nur derjenige auf die Unfallschuld Anspruch, der den gestempelten Unfallschein rechtzeitig an uns einliefert. Wer diesen Schein aus irgendwelchen Gründen nicht mit einliefert oder ihn nicht einlieferte, der hat keinerlei Anspruch. Wir müssen uns in jedem einzelnen Fall genau nach den Bedingungen richten, die ja für uns ebenso maßgebend sind wie für alle Abonnenten.

Also selbst bei einem weltbekannt gewordenen Unglück, bei dem durch die Nichterhaltung der kurzen dreitägigen Meldefrist die Interessen des Verlags nicht im geringsten beeinträchtigt werden, wird so eine Fußangel doch zur Abweisung der armen Witwe benutzt. Dabei ist noch zu beachten, daß die Witwen vielfach erst am Beerdigungstage, am 12. August, Sicherheit hatten, ob ihr Ernährer unter den Toten war und neben der Anmeldung auch noch andere Dinge zu besorgen waren. Bei solchen Schicksalsschlägen die strikte Innehaltung der dreitägigen Frist zu verlangen, kennzeichnet die in der Abonnentenversicherung bestehenden Praktiken.

Noch mehr der zweite angegebene Grund, die Nichterlieferung des gestempelten Abonnementscheines. Gestempelt wird der bereits bezahlte Abonnementschein nicht vom Boten, sondern von der Zentrale des Blattes. Dabei muß die Abstempelung noch rechtzeitig bewirkt sein. Die Frist dazu umfaßt nur einen einzigen Botengang. Was Wunder, daß die übergroße Mehrheit der Hausfreundabonnenten nicht im Besitz eines gestempelten Scheines ist und demnach auch kein Anrecht auf die Versicherungssumme hat. Durch Nachfrage bei den Boten ist festgestellt, daß stellenweise noch nicht die Hälfte der Abonnenten einen zum Bezuge der Versicherungssumme berechtigenden gestempelten Schein besitzt.

Daß die Schuld hieran nicht nur an den Abonnenten und Boten liegt, kann man daraus ersehen, daß eine Witwe des Blattes folgendes an eine ebenfalls benachteiligte Witwe schrieb:

Ich teile Euch mit, daß der Unfallschein von Steiger S. zweimal retourgeschickt ist und nicht gestempelt worden ist. Deshalb nicht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorstehendes kann ich beschwören. Zu bemerken ist noch, daß die Empfängerin obigen Briefes sechs Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hat und daß auch der mit acht Kindern „gesegneten“ Witwe eines Steigers die Versicherungssumme verweigert wurde. Fürwahr, es wird Zeit, daß die Gesetzgebung derartiger Treiben der Abonnentenversicherung ein Ziel setzt. Das kann wirksam nur durch ein glattes Verbot der ganzen Einrichtung erfolgen.

h. Öffentliche Meinung und Zeitungsweisen. Vorträge der Oberschulbehörde in der Aula der Ernestinschule. Den zweiten Zyklus der von der Oberschulbehörde veranstalteten Vorträge wurde von Herrn Redakteur Dr. Hansen mit obigem Thema eröffnet. Am Eingang seines ersten Vortrages besprach Redner zunächst das Wesen der öffentlichen Meinung im allgemeinen. Sie ist die Rückwirkung und der Spiegel der Stimme des Publikums und des Volksstandes. Die öffentliche Meinung ist etwas Reales und läßt sich nicht verleugnen. So spricht man beispielsweise von einer Verhehlung und von einem Witzgeheil der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung ist bald so, bald anders gelautet.

Sie fordert heute dieses und morgen jenes. Die Wurzeln der öffentlichen Meinung findet man schon bei den alten Griechen. Ihnen dienten die Theater und die Rednertribünen zur Verkündung derselben. Bei den Römern leitete das Forum diesen Zweck. In Deutschland stand im Mittelalter die öffentliche Meinung unter strenger Zensur der Kirchen und der Fürsten. Durch die Erfindung der Buchdruckerkunst entstand ein gewaltiger Fortschritt in der Verkündung der öffentlichen Meinung. Sie entfaltete sich äußerst reich und in den verschiedenen Ländern wurde nach und nach die Zensur aufgehoben. In England geschah dieses im Jahre 1695 und in Frankreich um 1830. Dagegen behielt man im freien Deutschland bis 1848 die Zensur bei. Über das Wesen der öffentlichen Meinung tat schon Fichte einen sinnreichen Ausspruch. „Eigene Meinung“, sagte er „gibt es nicht mehr. Man will sie fix und fertig aus der Fabrik beziehen.“ Heutzutage kann man wirklich von einer Fabrikation oder besser ausgedrückt von einer Industrialisierung der öffentlichen Meinung im Sinne Fichtes sprechen, wenn man z. B. hört, daß im Jahre 1911 fünf Milliarden für die Tagespresse aufgewandt wurden und wenn man weiter in der Denkschrift der „Kölnischen Zeitung“ liest, daß sie täglich dreimal 100 000 Exemplare herstellen kann. Die größte und leistungsfähigste Presse besitzt England. Sie ist stark konzentriert und besteht aus 240 Tageszeitungen. Auch in Frankreich ist eine Konzentrationsbewegung zu spüren. Man findet hier jedoch immerhin noch 700 Tageszeitungen. In Deutschland läßt die Konzentration der Zeitungen viel zu wünschen übrig. Hier bewahrheitet sich der Ausspruch: „Jedes Städtchen hat sein Blättchen.“ Ein äußerst wichtiger Faktor für die Tageszeitungen sind die Telegraphen- und Depeschendebureaus. Sie berichten schnell und umfassend die neuesten Ereignisse aus allen Weltteilen und nur, daß sie ihre Nachrichten in Massen verkaufen, erklärt den billigen Preis derselben. Es gibt Staats- und Privatunternehmungen, von denen jedoch die letzteren stark überwiegen. Die bedeutendsten sind die Agence Havas, das Wolff- und das Reuter-Bureau. Die Schilderung des Wolff-Bureaus mag ein Beispiel dafür sein, wie gearbeitet wird. Seine Aufgabe besteht aus zwei Zwecken, im Sammeln und Verteilen der Nachrichten. Zum Einbringen derselben bedarf es aber eines großen Netzes von Korrespondenten und überall werden Filialen eingerichtet. Lübeck ist der Filiale Hamburg unterstellt, welche alle ihre Nachrichten immer erst an die Zentrale in Berlin weitergibt, wo sie für die Zeitungen formuliert werden. Für den Nachrichtendienst kommen nicht nur die Korrespondenten in Frage, sondern auch die Handelskammern, Regierungen und die Konsulate. Das Wolffsche Bureau hat auch seinen eigenen „Postkorrespondenten“, der täglich beim Hofmarschall Erdungungen über den Kaiser einzieht. Er fährt aber stets in Extrawagen und dampfen und gehört nicht zum Gefolge. Betreffs der Nachrichten vom Auslande haben die großen Korrespondenz-Bureaus Lieferungsverträge untereinander abgeschlossen. Zum Schlusse seines Vortrages wies der Redner noch auf die Zeitungsstarre zwischen England, Frankreich und Turin hin, die in internationalen Papier- oder Zeitungskriege schon manche nachteilige Nachrichten gegen Deutschland verbreitet haben.

Benutzung des Wagens zum Transport erkrankter und verunglückter Tiere. Das Polizeiamt macht bekannt: Die Benennung und den Führer des Wagens stellt wie seither der Fahrwerksbesitzer Otto Louquet. An Gebühren sind für die Benutzung des bepannten Wagens einschließlich des Führers zu zahlen: a) während der Zeit von vormittags 6 bis abends 9 Uhr bis zur Dauer einer Stunde 3,50 Mk., für jede weitere, wenn auch nur angefangene 1/2 Stunde 1,75 Mk.; b) während der Zeit von abends 9 bis vormittags 6 Uhr bis zur Dauer einer Stunde 4,50 Mk., für jede weitere, wenn auch nur angefangene 1/2 Stunde 2,25 Mk. Werden Hilfsmannschaften zum Verladen der Tiere verlangt, so ist für jede Person und jede angefangene Stunde 1,— Mk. zu zahlen. Alle Zahlungen sind an die Polizeikasse zu leisten. Die Bestellungen sind direkt an den Fahrwerksbesitzer Otto Louquet, Dankwagsgrube Nr. 18, Fernsprecher 8946, zu richten. Für etwa erforderliche werdenden Vorpann hat der Antragsteller selbst Sorge zu tragen.

Der Arbeiterbildungsverein veranstaltet am Sonntag, dem 10. November, seine zweite Vorstellung in dieser Spielzeit im Neuen Stadttheater. Zur Aufführung gelangt die interessante und fesselnde Tragikomödie „Das weite Land“ von Schnitzler, die an unserer städtischen Bühne ganz ausgezeichnet gegeben wird. Karten zum Preise von 60 Pfg. sind an den bekannten Stellen zu haben.

Handelsregister. Am 26. Oktober 1912 ist eingetragen die Firma Karl Schnoor, Travemünde und als deren Inhaber der Kaufmann Karl Friedrich Christian Schnoor in Travemünde.

pb. Diebstahl. Am 27. d. Mts. vormittags sind im Wartesaal 4. Klasse auf dem hiesigen Bahnhofe ein brauner Pappkarton von 1 Meter Länge und etwa 40 Zentimeter Breite, enthaltend 2 weiße leinene Hemden, 2 Paar Manschetten, 2 Kragen, 2 Vorhemden und 1 Zintenlöcher sowie ein kleiner weißer Schutzhelm mit der Firma „Blumenthal Lübeck“, enthaltend 1 Paar getragene schwarze Schnürhülsen, abganden gekommen. Außerdem wurden ein brauner Handstock mit Ledergeflecht unterhalb des Griffes und ein Regenschirm mit schwarzer Knotenkrücke gestohlen.

pb. Verhaftet wurden zwei hier zugereiste Fremde, nämlich ein Klempner und ein Arbeiter, die aus einem an der Depenau belegenen Hause zwei Kinderkleider gestohlen haben. Bei dem Klempner wurde noch ein etwa 1 Meter langes neues Bleirohr gefunden. Der Eigentümer konnte nicht ermittelt werden. Ein Arbeiter aus Puschine, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung strafrechtlich verfolgt wird und ein zugereister Schuhmacher, der sich ein vor einem Pause in der Lederstraße hingestelltes Fahrrad aneignete, wurden gleichfalls verhaftet.

pb. Entwendete Wäsche. In der Nacht vom 26. zum 27. d. Mts. sind von einer Wäscheleine auf dem Grundstücke Wielandstraße 6a eine blaue Arbeitschale und ein Paar neue wollene Strümpfe gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Die Direktion macht bekannt, daß die Ausgabe der Abonnementskarten für die zweite Rate vom Dienstag, den 29. ds. Mts. an bis Sonntag, den 3. November an der Theaterkasse (Gingang Beckergrube) in den Stunden von 11—2 Uhr stattfindet. (Siehe auch Inserat.)

Mensfeld. Mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen beschäftigte sich eine am Sonnabend im Lokale des Herrn Süße abgehaltene gutbesuchte Volksversammlung. Genosse Stellung-Lübeck behandelte in eingehender Weise die Bedeutung der Gemeinderatswahlen und forderte zur regen Agitation für die sozialdemokratische Liste auf. Die Genossen Hardt und Staack gaben sodann noch ein kleines Bild von der Tätigkeit des Gemeinderats, worauf Genosse Giese die Versammlung schloß. — Wie bekannt wird, findet die Wahl am Sonnabend, dem 23. November, statt. Genossen! Entfaltet heute schon eine rege Propaganda, damit unser der Sieg wird.

Hansdorf. Eine Volksversammlung, die trotz des miserablen Wetters gut besucht war, tagte hier gestern im Hause des Herrn Agrar. Genosse Stellung-Lübeck besprach die politischen Vorgänge der letzten Zeit, die Teuerung und den Balkankrieg. Im zweiten Teil seiner Ausführungen behandelte Redner die Gemeinderatswahlen, zu einer regen Propaganda für die sozialdemokratische Liste aufrufend. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, Gen. Westphal-Ratekau, zum Beitritt in die Partei und zum Abonnement auf den „Lübecker Volksboten“ erfolgte Schluß der Versammlung.

Cutin. Achtung, Parteimitglieder! Am Dienstagabend 8 Uhr findet bei Knidreth die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Es ist Pflicht der Mitglieder, zu erscheinen, da sehr wichtige Sachen zu erledigen sind, unter andern Abrechnung und Vorstandswahl sowie unsere bevorstehende Gemeinderatswahl. Ferner wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die jetzt ausstehenden Wählerlisten für unsere bevorstehende Gemeinderatswahl einzusehen sind, denn wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen. Also sehet die Listen ein!

Hamburg. Zeugniszwang gegen Redakteure. Aus Hamburg wird berichtet: „Nachdem in einem Disziplinarverfahren wegen eines im „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichten Artikels der verantwortliche Redakteur Dr. Ostf wegen Verweigerung der Zeugnisaussage über den Verfall bereits zu einer Geldstrafe von zweihundert Mark verurteilt worden war, wurde Dr. Ostf auch in der heutigen Hauptverhandlung vernommen. Da er bei seiner Zeugniserweigerung beharrte, beantragte der Erste Staatsanwalt die Zwangshaft. Das Gericht sah von der Zwangshaft ab und erkannte auf eine Geldstrafe von hundert Mark oder zehn Tage Haft. Es sei auf eine niedrigere Geldstrafe als im Strafverfahren erkannt, weil Dr. Ostf mit bezug auf die Berufsstandesehre und die in seinen Kreisen geltende Auffassung sein Zeugnis verweigert habe.“ Der Antrag des Staatsanwalts, einen Redakteur durch Freiheitsentziehung zu einer unanständigen Handlung zu zwingen, ist für die Auffassung der Anklagebehörde charakteristisch. Das Gericht hat sich der heute herrschenden Rechtsauffassung gebeugt, die einen Zeugniszwang für zulässig erachtet. Bis in die Mitte der 80er Jahre hinein herrschte die Ansicht, daß insbesondere für Disziplinarsachen ein Zeugniszwang eines Redakteurs dann nicht besteht, wenn er durch Ablegung des Zeugnisses die durch seinen Beruf ihm obliegende Schweigepflicht verletzt. Das unablässige Drängen der Verwaltungsbehörden brachte der gegenteiligen Ansicht den Sieg, nach der ein Gericht verpflichtet sei, einen Redakteur durch Geldstrafen zu zwingen, die unanständige Handlung des Treubruchs zu begehen. Noch immer stehen wir auf dem Standpunkt, daß ein solcher Zwang nicht nur mit dem Berufe eines Redakteurs, sondern auch mit der Stellung des Gerichts unvereinbar ist. Ein Gerichtsverfahren soll der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung dienen, darf daher niemals selbst gegen die durch die Sitte aller anständig denkenden Menschen betätigte Auffassung verstoßen. Es wäre angebracht, endlich — vielleicht bei Gelegenheit des Entwurfs über Jugendgerichte — den durch eine falsche Rechtsprechung geschaffenen Zeugniszwang gegen Redakteure zu beseitigen. — Ein Hamburger Dampfer gebrandet. Nach einer Kollision aus Seaham (England) ist der Hamburger Dampfer „Prinz Wilhelm“ bei dichtem Nebel gebrandet. Einzelheiten fehlen. Der Dampfer „Prinz Wilhelm“ gehört dem Reeder Heinrich Feindt und ist 774 Netto-Registertons groß.

Bremen. Radelstichpolitik. Der Bildungsausschuß für Hemelingen bei Bremen veranstaltete am 30. Juli einen Spaziergang für die Kinder der Angehörigen des Bildungsausschusses nach einem benachbarten Orte. Tagsüber wurden hier allerhand Spiele für die Jugend veranstaltet und abends ging es nach Hemelingen zurück. Alles verlief in schönster Harmonie. Aber bald meldeten sich preußische Behörden. Die Veranstalter des Kinderausflugs, zwei Hemelinger Genossen, wurden mit einem Strafmandat über 50 Mk. resp. 30 Mk. bestraft, weil sie zu dem Ausfluge nicht die Genehmigung der Behörden eingeholt hatten. Der gegen das Strafmandat von den beiden Genossen erhobene Widerspruch wurde vom Schöffengericht in Achim zurückgewiesen. Das Urteil ist um so unverständlicher, je mehr man sich die Duldsamkeit der preussischen Behörden gegen die Ausflüge der bürgerlichen Jugendvereine, bei denen bekanntlich oft so viel unerhörter Anflug verübt wird, vergegenwärtigt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der Bajazzo“, Oper in zwei Akten von Leoncavallo. Der dänische Kammerjäger Herold beendete gestern sein Gastspiel als Canio. Wieder konnte man seine wichtige dramatische Gestaltungskraft, seine vornehme Gesangskunst bewundern. Dieser armflehige Komödiant Canio wuchs am Schluß zu wirklich tragischer Größe empor. Schade, daß er italienisch sang. Als Nedda zeigte Frau Schmidt, daß sie eine außerordentlich vielstimmige Sängerin ist, bei der musikalische Sicherheit und Ausdrucksvermögen sich mit bemerkenswerter schauspielerischer Begabung paaren. Das markige Organ des Herrn Garms, der den Tonio sehr wirksam gab, kam besonders im Wollog bestens zur Geltung. Herr Schorn war ein guter Beppo. Wenn Herr Holmquist nur lernen würde, sich ungezwungen auf der Bühne zu bewegen, dann könnte man an seinem Silvio noch mehr Gefallen finden. Herr Kapellmeister Pfeiffer leitete die Aufführung.

Zu Anfang gab es „Canalleria rusticana“ von Mascagni, in welcher Oper Herr Herold den Turiddu übernommen hatte. Trotzdem hinterließ die Vorstellung in der Folge verschiedener Unstimmigkeiten doch keinen bedeutenden Eindruck. Das stark besetzte Haus feierte besonders den dänischen Gast. P. L.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 22 des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Imperialismus. — Kaiser, Bundesrat und Reichstag. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. — Im Mannheim-Ludwigshafener Industriegebiet (Mit Abbildungen). Von L. A. — Aus der Jugendbewegung (Lübeck, München, Oberfranken, Wien). Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz. Des Lehrlings Lebenschronik. Betlage: Die letzte Stunde. Erzählung von Carl Busse. — Vom Schicksal des Nibelungenliedes. Von Otto Koenig. — An der Wiege der Menschheit. Reisekizzen aus Turkestan von Oskar Jahnke (Mit Abbildungen). — Heinrich von Kleist (Schluß). Von Frig Eisner. — Bilder für die Jugend. — Die Konkurrenten. Erzählung von Robert Grösch.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten Inhalt Johannes Stellung, Verleger: T. H. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Buff

4524 vom Boote aus
am Dienstag, dem 29. Oktober ds. Js., von vorm.
8 Uhr ab an der Holstenbrücke, Hüstertorbrücke,
Struckfähre und Eutiner Brücke.

Gesucht zum 1. November:
ein junger Knecht.
4512) Josephinenstr. 2.

Als Kranken- und Wochen-
pflegerin 4513
empfiehlt sich
Elisabeth Freiberg,
Königsstraße 44. I.

Eine gutegehende Wirtschaft
zu pachten gesucht. 4516
Ang. u. W.W. an die Expedition
dieses Blattes.

Verloren von Stitenstr. b. Kilian,
Ludwigstr., ein Portemonnaie mit
1.70 Mk. Inh. Abzugeben
4525 Stitenstraße 27, I. r.

Achtung!
Dienstag morgen verkaufe ich in
Schwartz, Marktplatz: Goldbuff,
Schellfische, Dorsch, Kabeljau,
feinste Fischkondone.
Firma Emilie Boy, Königsstr. 61.
4522) Markthallenstand 46.

Bienenfleiss.

3935

**Beerdigungs-
Institut
„Zur Ruhe“
Fr. Barby**
Häxstraße 117. Tel. 816.
Übernahme von Erd- und
Feuerbestattungen.
Überführungen von und
nach auswärts. (4197)

Gute gelbböhm. Magnum-bonum-
Erfartoffeln, 200 Pfund 5 Mk.,
10 Pf. 30 Pfg., gute lange gelbe
Erfartoffeln, 200 Pf. 6.50 Mk.,
10 Pf. 40 Pfg. Bei Abnahme von
mehr als 100 Pf. billiger empfiehlt
C. Prestin, Fleischstr. 60. (4520)

Diese frische Blumen
Frische Kochrippen per Pfd. 35.4
Frish. Kopf u. Wein 35.4
Geräucherter Schweinsbacon
ohne Knochen per Pfd. 95.4
Geräucherter Nacken „ „ 1.10.4

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16
4526) vorm. M. Lahrtz.

Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf und Umgeg.

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 29. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn L. Paetau,
Fackelnburg.

Das Erscheinen der Mitglieder
ist wegen der wichtigen Tagesord-
nung erforderlich. Der Vorstand.
4518)

EUTIN.

**General-Versammlung
des Sozialdemokrat. Vereins**
Dienstag, 29. Oktober
abends 8 Uhr
im Lokale Knickreim.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
 2. Vorstands-wahl.
 3. Die bevorstehende Gemeinderats-
wahl.
 4. Verschiedenes.
- Die Wichtigkeit der Tagesordnung
erfordert das Erscheinen aller.
4517) Der Vorstand.

Ihr Nutzen!

Ueberzeugen Sie sich.

Damit Sie möglichst bald Veranlassung nehmen das hervorragende Schnellwaschmittel
Ragoda zu kaufen, geben wir, um die große Zeitungsreklame zu sparen, gegen Einfindung der Gut-
scheine von 5 Pfd. bis Ende 1912 gratis und franko:

1 ff. verfilbertes Armband, 1 ff. Doublee-Ring oder Brosche (1913 nur noch auf 20 Pfd.)
Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra geschenkt. Man hält es kaum für möglich, aber
wir machen es, um Ragoda schneller einzuführen. Ragoda hat enorme Wasch- und Bleichkraft.
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich.

Prämiert mit höchsten Auszeichnungen. Ragoda gilt nach Gutachten Sachverständiger
nachweislich als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Ver-
such mit Ragoda machen. Überall zu haben. 1 Pfd. kostet nur 55 Pfg.

Schumann & Wille, Wittenberge.

4528

Neue Subskriptions = Gröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt- für nur 25 Pfennig
berühmtes Buch

Carl Hagenbeck Von Tieren Menschen

pro Woche in Klei-
erungen reichend und
aber die hochinter-
essanten Erlebnisse und
Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch
unsern Lesern den Vorteil,
dieses wertvolle Werk mit
134 zum Teil farbigen
Bildern, das den Stolz
jeder Bibliothek, einen
Hauschatz für die ganze
Familie bildet, das für
Alt und Jung interessant
und lehrreich ist, ohne
Verzierung in
Noten b. wöchentlich
25 Pf. zu beziehen.
Hier liegt ein Buch vor,
wie kein zweites bisher ge-
schrieben wurde, noch je-
mals geschrieben werden
kann, ein Buch, das jeder
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch
im besten Sinne“
ist Carl Hagenbecks Werk
mit Recht genannt worden.
Es hat den ungeheuren Er-
folg, den es erzielte, auch
verdient. Ein Mensch er-
zählt darin seine Erlebnisse
u. Erfahrungen, der auf der
ganzen Erde heimisch ist,
dessen Interesse sich auf alle
Arten von Tieren und
Menschen richtet, der Welt-
reisender, Tierzüchter und
Kaufmann in einer Person
ist. Und er berichtet, seine
Erlebnisse so interessant u.
spannend zu schildern, wie
der beste Roman es kaum
vermag.

Carl Hagenbeck der große Name läßt vor den Augen die seltenen angesehnen
Bilder erziehen von fernem Erdboden, deren Jagdgründe die
Jäger und Jägerinnen des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast
keine zoologische Gärten ihre Bestände verborgen. Allgemein bekannt sind die
erwähnten Erlebnisse Hagenbecks über die Löwen, Tiger, Bären und
andere wilden Tiere in friedlichem Beisammeln zusammenzuführen läßt. Carl
Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten
Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr
als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich ge-
schriebener Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang
eines Mannes wieder, der aus tiefen Anfängen ein Weltkämpfer be-
gründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Febererfahrung.
Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es
sich besser nicht denken läßt.
Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu
herzen gehenden humor vorgetragen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl
Hagenbecks Werk eine bloße Unterhaltungsschrift, es ist ein Bildungs-
element ersten Ranges. Ein neuer „Wohltat“ liegt hier vor uns, seiner
lebenshaften Form entspricht und uns die Offenbarungen eines weltumfassenden
Geistesgenies herbeiführt.

Das Werk ist auch in einem M. 6.—
Bande zum Preise von M. 6.—
zu beziehen von der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

80000 Exemplare
bereits verkauft

Bestellform
Name und Stand:
Genauere Adressen:
In der Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Unterzeichneter... bestell hierdurch
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen
Bollstädt in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5.25 Mk.
nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.
Abgeschlossen ist eine Lieferung paginierter.
Bastelste. Komplet in 1 Band für 92. 6.—
(Möglichkeit gibt es zu beschreiben.)

Unsere direkten Importe neuester Ernte
sind eingetroffen und vorzüglich ausgefallen

Ausgewählte Mischungen 1.60 bis 5.00
offen das Pfund von Mk. 1.60 bis 5.00
auch in Paketen von 10 Pfg. und höher.

Kaiser's Kaffee-Geschäft
G. m. b. H.
Europas größter Kaffee-Röster-Betrieb // Ueber 1000 Filialen.

**Die beliebten
Gesellschaftsspiele**
für groß und klein sehr unterhaltend und erheitend
sind neu eingetroffen und zu verschiedenen Preisen zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Obmännerübung
Dienstag, 29. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
4523) Der Vorstand.
NB. Verbandsbücher etc. sind mit-
zubringen. D. D.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 30. Oktober
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
5. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist:
Herr Ulrich (Flöte).
Zur Ausführung kommen u. a.:
Ouvertüre zu Preciosa C.M.v. Weber.
Finlandia, symphonische Dichtung
J. Sibelius.
Tannhäuser-Ouvertüre R. Wagner.
Offenbachiana A. Conrad.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. 4514

Vereinigte
Butterhändler
von Lübeck
und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.50 Mk. (4527)

Hansa-!?!? 8 1/2 Uhr.
Theater!?!? 8 1/2 Uhr.
Professor Rooberts,
Hofzauberkünstler.
La Tatiana, Sport-Alt.
Die 5 Ramoneurs,
Tanz-Transformation.
Kurt Speyer,
Humorist u. Stimmungsmacher.
sowie and. Neuheiten f. Lübeck.
Vorzugsarten gültig.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Große
Freuden- u. Volksvorstellung.
Beginn d. Konzerts Sonntag 7 1/2.
Abends 11 Uhr:
Kabarett die ganze Nacht.
Eintritt frei. Eintritt frei.
4521) ??? Neue Typen!!!

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 29. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Entwic-
lung und Erfolge unserer Lohn-
und Tarifbewegungen“.
Referent: Stoll. A. Schulz.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
4519) Die Ortsverwaltung.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 29. Oktober:
33. Vorst. i. Boll-Pl. 7. B. i. Dienst.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/4 Uhr.
La Bohème.
Oper von Puccini. (4515)
Mittwoch, den 30. Oktober.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der lustige Krieg.
Operette von Johann Strauß.
Die Ausgabe der Abonnements-
karten für die zweite Rate findet
am Dienstag, dem 29. d. M., bis
Sonntag, den 3. Nov., von 11 bis
2 Uhr, an der Theaterkasse (Ein-
gang Beckergasse) statt.

Die Schädigung der Nation durch Streiks.

Daß es heute noch Leute gibt, die hinter jedem Streik die Hydra der Revolution erblicken, ist bekannt. Unzählig aber sind diejenigen, die noch glauben, Streiks ziehen für die Arbeiter wie für die Gewerbe und schließlich für die ganze Volkswirtschaft bedeutenden Schaden nach sich. Wäre letzteres der Fall, dann müßte es mit unserer industriellen Entwicklung recht schlimm stehen. Es ist aber nicht so. Man kann sehr gut den Nachweis liefern, wie Streiks der — wenn man den Ausdruck gebrauchen will — nationalen Arbeit förderlich gewesen sind. Der durch Streiks und Lohnbewegungen erzielte Mehrlohn, die erkämpfte Arbeitszeitregelung, sowie die durch die Kämpfe gewonnene Stabilität in Erwerbsfragen hat der nationalen Arbeit nur nützen können. Tarifverträge, paritätische Arbeitsnachweise, die Unterhaltung von Arbeitslosen und Kranken durch die Gewerkschaften, die Stärkung der Moral in der Arbeiterklasse, alles das sind Dinge, die dazu beigetragen haben, daß Deutschland heute auf eine so glänzende industrielle Entwicklung zurückblicken kann.

Wer kein Ignorant ist und wem der Haß gegen die Gewerkschaften nicht die richtige Ueberlegung geraubt hat, wird diesen Erfolg der Arbeiterbewegung einsehen. Wie jämmerlich einzuschätzen sind doch die fortwährenden Versuche, immer wieder die Streiks als nationales Unglück zu bezeichnen. Sie wären es, wenn den berechtigten Forderungen der Arbeiter freiwillig Rechnung getragen würde, so aber stände es schlimmer um die Millionen Arbeiter, wollten sie auf die Waffe des Streiks verzichten. Heute ist es doch so, daß die Gewerkschaften jeden Fußbreit Boden, der zum wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse führt, erkämpfen muß. Also: Streiks sind notwendig, will die Arbeiterklasse wirtschaftlich vorwärts kommen.

Wie erbärmlich die Feinde der Arbeiter die Gewerkschaften und die Streiks in Mißkredit zu bringen suchen, dafür gibt ein Artikel ein Schulbeispiel ab, den wir in der letzten Nummer der „Deutschen Arbeiterzeitung“ finden. In diesem Artikel wird im langen und breiten auf die Schädigung der nationalen Arbeit durch Streiks hingewiesen. Und als hauptsächlichste Argument gegen Streiks wurden die Zahlen der verlorenen Arbeitstage infolge der Ausstände angeführt. Innerhalb 12 Jahren seien 47 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen.

Wir bemerken, daß jetzt auch die christlichen Gewerkschaftsblätter anfangen, sich derselben Waffe gegen die freien Gewerkschaften zu bedienen, als das genannte Scharfmacherorgan!

Wie steht es nun mit dem angezogenen Beispiel? Es gehen infolge des Streiks der Volkswirtschaft 47 Millionen Tage, im Jahre 1911 allein 6 864 240 Tage! „Welcher Müßiggang!“ „Welches Unglück für die Industrie!“ So schreien die Arbeiterfeinde auf. Aber diesem „Müßiggang“ und diesem „Unglück“ kann wirksam entgegengetreten werden, wenn man sich mehr dazu bequemen würde, den Arbeiterwünschen Rechnung zu tragen. Aus Vergnügen streifen Arbeiter nicht. Also schädigen die Ausstände — was noch bewiesen werden muß — die nationale Arbeit, dann sind die Verantwort-

lichen für diese Schädigung doch jene Leute, die den Arbeitern den redlichen Anteil am Arbeitsertrag und Arbeitsvertrag vorenthalten.

Doch einige Bemerkungen zu der Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Die Herrschaften, die sich nach jedem Streik hinsetzen und solche Berechnungen wie oben anstellen und ausnützen, sollten sich einmal hinter den Studiertisch setzen und nachrechnen, wieviele Tage der nationalen Arbeit der Volkswirtschaft verloren gehen, weil man es für gut hält, der Arbeiterklasse in ihrem wirtschaftlich-kulturellen Aufstieg hindernd in den Weg zu treten. Und weil es ferner an dem nötigen Schutz fehlt, den die Arbeiter und ihre Familien verlangen können. Wir weisen auf die Unfallsziffern hin. Im Jahre 1910 wurden bei den Berufsgenossenschaften nicht weniger als 672 921 Unfälle angemeldet. 8857 Arbeiter verunglückten tödlich, 1073 wurden durch Unfall völlig erwerbsunfähig, 47696 teilweise und 74 439 Arbeiter vorübergehend erwerbsunfähig. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und die schlauen Christenführer, die über die verlorenen Arbeitstage beim letzten Bergarbeiterstreik jammern, mögen einmal nachrechnen, wieviel Unfälle hätten vermieden werden können, wenn den Arbeitern der nötige Schutz gewährleistet worden wäre? Wir behaupten, die Hälfte Unfälle, die tödlichen, die schweren wie die leichten, hätten sich vermeiden lassen, wenn man in dem Arbeiter mehr den Menschen gesehen hätte, mehr das Subjekt, nicht das Ausbeutungsobjekt.

Würden wir annehmen, daß allein von den getöteten 8857 Arbeitern die Hälfte ihr Leben behielten, und nehmen wir weiter an, daß diese Leute im Durchschnitt noch 10 Jahre gelebt hätten, dann kommen mehr als 16 000 000 gewonnene Arbeitstage heraus.

Im Jahre 1910 kamen insgesamt in den deutschen Krankenkassen 5 712 293 Krankheitsfälle mit insgesamt 113 530 003 Arbeitstagen — für die Krankengelder gezahlt wurden, vor. Wer will bestritten, daß bei gesunden Arbeitsverhältnissen sich nicht die Hälfte der Krankheiten verhindern lasse? Selbstverständlich gehört dazu auch, daß der Arbeiter sich kräftig nähren und gut wohnen kann und daß er sich sonst berechtigterweise das leisten kann, was seine Gesundheit aufrechterhält. Die verbleibende Krankheitsziffer wäre dann immer noch hoch. Rechnen wir dann noch die verlorenen Arbeitstage hinzu, die durch Unfall verursacht wurden, und für die die Krankenkassen später nicht mehr aufzukommen hatten, dann stehen die Dinge so, daß der Volkswirtschaft jährlich auch hier 50—60 Millionen Arbeitstage geopfert werden können. Wollen sich die Unternehmerjünglinge nicht einmal hinsetzen und die Lebensdauer der Arbeiter mit der der Nichtstauer, überhaupt der besser Situierten, vergleichen? Was da an Tagen, Jahren und Leben den Arbeitern gestohlen wird, schreit zum Himmel! Und alles das infolge der kapitalistischen Ausbeutung!

Und wieviel Berufsinvaliden laufen nicht herum, die infolge schwerer und ungesunder Arbeit sich krank, oft in jungen Jahren, haben niederlegen müssen. Millionen und aber Millionen Tage lassen sich auch hier herausholen, die der nationalen Arbeit in einzelnen Jahren verloren gehen. Und wenn die Frauensarbeit und Frauenausbeutung siehe und kranke Frauen zu Tausenden schafft, und wenn Not und Armut tausende Wöchnerinnen frühzeitig sterben

läßt und wenn schließlich derselbe Jammer uns die hohe Kindersterblichkeit in der Arbeiterklasse bringt, was ist das weiter als kapitalistischer Raub am Menschenleben und an der Volkswirtschaft zugleich.

Das ist sicher, die Gewerkschaftskämpfe, wie der wirtschaftlich-politische Kampf der Arbeiter überhaupt verhindern dieses, sonst sähe es noch schlimmer aus.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir schreiben, daß der moderne Arbeiterkampf — sozial, politisch, geistig und wirtschaftlich — der Volkswirtschaft jährlich mehr Arbeitstage erspart, als durch die Streiks verloren gehen. Dabei wird nach der Schaden, den die Streiktage bringen und soweit sie als verlorene Arbeitstage zu buchen sind zum Teil nach dem Streik wieder weit gemacht. Und denken nicht die Schmäcker daran, was die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nachholen müssen bezgl. der Erziehung der Arbeiterklasse. Wissen sie nicht, wie erbärmlich diese Erziehung vor sich geht, die gleichfalls sich später an der Volkswirtschaft rächt? O, das wissen die literarischen Klopfschreiber sehr wohl. Aber ihnen kommt es nicht darauf an, der Wahrheit die Ehre zu geben und der nationalen Arbeit wirklich zu dienen; ihnen geht die Verleumdung der kämpfenden Arbeiterklasse über alles. Deshalb auch das Geschrei über die durch Streiks verlorenen Arbeitstage.

Die Teuerung.

Die Fleischermeister sind grundsätzlich Gegner der Fleischeinfuhr, sei es in frischem oder gefrorenem Zustand. Auf ihren Bezirkstagen und auf dem letzten Verbandstag in Trier haben sie diese Tatsache zum Beschluß erhoben. Sie sind im Gegensatz hierzu für die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh. Warum, wird der Laie fragen, sind die Fleischermeister nicht auch für die Einfuhr von Fleisch, denn dadurch wird der Preis für das einheimische Schlachtvieh natürlich zurückgehen? Die Fleischermeister sind aus Gründen des Profits gegen die Einfuhr von Fleisch. Bei der Fleischeinfuhr kann den Fleischermeistern der Profit genau nachgerechnet werden, weil das Fleisch zu einem bestimmten Preis gehandelt wird und an dem Maßstabe der Detailpreise sich der Profit des Zwischenhändlers leicht feststellen läßt. Beim Schlachtvieh ist das im Gegenteil recht schwer festzustellen, weil hier durch die Nebenprodukte, Häute, Talg, Därme, Leber, Lungen, Blut, Knochen usw. außerordentlich gute Preise durch die genossenschaftliche und kapitalistische Verwendung dieser Produkte, die sich durchweg in Händen der Innungen befinden, erzielt werden.

Wenn ein Fleischermeister als seinen Verdienst an einem Stück Großvieh nur die Haut und das Innere rechnen kann, so kommt er schon sehr gut zurecht dabei. Ganz ungemütlich werden besonders die Fleischermeister dann, wenn von Gefrierfleisch die Rede ist. Hier fürchten sie auch, daß Warenhäuser oder auch gemeinnützige Institutionen die Bevölkerung mit billigerem Fleisch versorgen könnten. Die Fleischermeister werden auch von Männern geführt, die agrarfreundlich gesinnt sind. Einer der Herren war früher agrarischer Redakteur, und auch der Vorsitzende des Meisterverbandes steht den Agrariern nicht ablehnend gegenüber. Im Jahre 1906, als die Wogen des Protestes gegen die hohen Fleischpreise schon einmal ziemlich hoch gingen, fand ein Brief-

Booby-Island.

Australische Skizze von Friedrich Gerstäcker.

(1. Fortsetzung.)

Es war „eine frische Hand am Blasbalg“, wie die Seeleute sagen, und in der Dunkelheit hatten sich die dort lange aufquellenden Wolkenmassen nicht erkennen lassen. Wohl verlockten jetzt trotzdem die Leute ihr Neugierkes, das Segel zu setzen, aber die Platte dem Sturm zugedreht, war es der überdies schwachen Besatzung nicht möglich, mit so fürchterlicher Gewalt legte sich riesenschwer der Wind hinein. Aufdrehen konnten sie auch nicht mehr dagegen, und abfallen vor dem Sturm, den Riffen gerade entgegen? — Und doch blieb nichts anders übrig; der Versuch mußte wenigstens gemacht werden.

Zu spät! „Brandung voraus!“ schrie einer der Leute, der nach oben gelaufen war, um eins der Falle klarzumachen, und „Brandung in See!“ tönte der Schreckensruf dazwischen. Die Leute ließen die Läne los, während sich der Sturm in dem nur etwas aufgehobten Segel fing — der Kapitän sprang selber zum Rad, um den Versuch zu machen, das seinem Geschick verfallene Fahrzeug von der gefährlichen Küste abzudrehen — zu spät! Die Wogen hatten es gefaßt und jagten es mehr und mehr dem schon deutlich und unheimlich leuchtenden Gürtel der Brandungswellen zu; der Bug gehörte zwar noch einmal dem Steuer, aber ein anderer Windstoß schlug das Segel zurück. Der Kapitän schrie seine Befehle über Deck, aber niemand verstand ihn in dem Aufruhr der Elemente, in dem fürchterlichen Lachen der Brandung. — Willenlos setzte das Fahrzeug nach See zu und jetzt — eine einzige wilde Brandungswoge jagte über Deck, der Schoner wurde wie von einer Kienfaust emporgehoben, im nächsten Augenblicke trachten Masten und Balken — ein dumpfer Stoß folgte, und der Steuermann, der das Gangspil in dem entscheidenden Moment umklammert hatte, fühlte plötzlich, daß das Rad in ruhigem Wasser lag und dieselbe Brandungswoge, die eben noch über ihr Deck gestürzt, das gesteuerte Fahrzeug nicht mehr erreichen konnte.

Wie es geschah war, wer hätte es sagen können; möglich schien es, daß die Woge, die den Schoner zertrümmern wollte, ihn selber über eines der niederen Riffe hinübergehoben und dadurch, für den Augenblick wenigstens, in Sicherheit gebracht hatte; möglich auch, daß der Kiel zufällig eine Lücke in den Korallen getroffen und hindurchgeschoben war. Jedenfalls lagen sie fest in die Riffe eingeklinkt, und an

ein Wiederhinauskommen in tiefes Wasser mit dem zertrümpelten Fahrzeug durfte nicht gedacht werden.

Jetzt sammelte sich die Mannschaft auf dem etwas höher liegenden Quartierdeck, denn wie sich nachher zeigte, war der Bug zertrümmert und das Wasser schon in den inneren Raum eingestürzt — zwei Mann fehlten; die Brandungswelle mußte sie über Bord gespült haben, und dann war freilich an Rettung nicht zu denken; der Kapitän hatte sich, von der Flut emporgehoben, noch in der einen „Want“ gefangen und dort angeklammert; die meisten Schienen nur wie durch ein Wunder dem sicheren Verderben entgangen.

Vorherhand ließ sich indessen nichts tun, es war stockfinster, der Sturm heulte, und das einzige Licht, was einen matten Dämmerchein über Deck warf, kam von dem leuchtenden Kamm der Brandungswelle herüber. Den Tag mußten sie jedenfalls abwarten, und nur darüber suchten sie sich vorderhand zu vergewissern, ob sie noch der Gefahr des Sinkens ausgesetzt seien. Dem schien aber nicht so; das Hinterteil des Schoners saß fest auf den Klippen, ja sogar in einer Korallenrinne drin, den kaum zwei Fuß unter dem Wasserspiegel fühlten sie mit dem ausgeworfenen Lot an der Starbordseite Grund, während der Top des großen umgestürzten Mastes auf einer hohen Sandlippe lag, so daß man dieselbe auf diesem hin recht gut hätte erreichen können.

Erschöpft und aufgerieben warfen sich die Leute jetzt an Deck, um den nicht mehr so fernen Tag zu erwarten; der Wind heulte noch, der Donner tollte und ein prasselnder Regen schlug nieder. Was tat's — eines der Segel schnitten sie vom Mast herunter, um sich dadurch nur etwas gegen den Regen zu schützen, und sanken dann bald in einen unruhigen, kurzen Schlaf.

Und der Morgen kam endlich, schien aber keineswegs eine Erleichterung zu bringen, sondern ließ sie nun erst das Trostlose ihrer Lage vollständig übersehen.

Der große Mast hatte in seinem Sturz die auf Deck befestigte Barkasse vollständig zerstückelt, so daß an eine Reparatur derselben nicht gedacht werden konnte; das ganze Hinterteil derselben war abgedrückt, und es blieb ihnen nur zur Rettung die kleine Kapitän's-Kasse, die hinten am Heck hing und sich noch glücklichweise in brauchbarem Zustande befand — aber wie diese in offenes Wasser bringen? — Nach See zu war es ganz unmöglich, denn keine Lücke selbst ließ sich in der wählenden Brandungswoge erkennen, die jetzt für einen Moment von den zackigen Klippen zurückwich, um im nächsten mit neugegessener Gewalt wieder darüber hinzustürzen. Nach dem Binnenwasser der Riffe zu lagen hingegen ganze Reihen starrer Felsen, hier und da von grünem, und oft von blauem, also sehr tiefem Wasser unterbrochen, welche

Gefahren es aber barg, ließ sich noch nicht einmal erkennen, da es vom heftigen Winde gekräußt gehalten wurde. — Und sollten sie hier an Bord bleiben? Es wäre nutzlos gewesen, denn selbst ein vorbeifegendes Schiff hätte ihnen durch diese Brandung hin keine Hilfe bringen können; sie mußten sich selber helfen.

Vor allen Dingen war es nötig, den inneren Raum zu untersuchen, ob sie noch möglicherweise Proviant: Wasser und Zwieback bekommen konnten. Der Koch und der Schiffsjunge — der Stewardsdiene verlor — wurden zu dem Zweck beordert, nachzusehen, während der Kapitän in seiner eigenen Kajüte die Schiffspapiere und sonstigen Wertachen zu bergen suchte. Glücklicherweise fand sich ein Korb mit Zwieback, aber von eingeschlagenem Seewasser ganz aufgeweicht; es war aber immer besser als nichts. Doch zum Wasser konnten sie nicht kommen, denn die zwei Fässer, die an Deck geschnürt gelegen hatten, waren mit der Rambahne und dem ganzen Vorderteil durch die eine Sturzsee rein über Bord gewaschen worden. Gegen zehn Uhr fiel aber wieder ein kleiner Regenschauer und das eine Segel wurde jetzt aufgespannt, um so viel als möglich davon aufzufangen — es genügte freilich noch immer nicht. Dann packte der Kapitän ein, was er an Blechbüchsen für den Kajütstisch oben in seiner Koje hatte, und brachte doch soviel zusammen, um für kurze Zeit gegen den Hunger geschützt zu sein. Vielleicht half ihnen dann der Himmel mit einem frischen Regenschauer weiter.

Solange der Sturm wütete, ließ sich nichts weiter unternehmen, obgleich sie im Binnenwasser keine unruhige See zu fürchten hatten. Gegen Mittag klarte sich aber der Himmel auf; der Wind ließ nach, und etwa vier Uhr nachmittags, während die See noch da draußen unruhig wogte und bäumte, regte sich schon kein Lüftchen mehr und das Binnenwasser war spiegelglatt.

Jetzt gingen sie an die Arbeit, um das kleine Boot flott zu machen und ihre Ladung wenigstens erst einmal auf die Sandbank hinüberzuschaffen. Das ging verhältnismäßig rasch; auch über den Sand weg konnten die Leute das leichte Boot tragen und ziehen und auf der anderen Seite ins Wasser lassen. Weit schwieriger war es aber, über die nächste Reihe von Korallenklippen hinüberzukommen, die mit ihren schuppigen und spitzen Zaden keinen festen Fußhalt gestatteten, und da sie hier ihre Tracht nicht auslauden konnten, sahen sie sich genötigt, eine lange Strecke daran hinzufahren, bis sie endlich zu einer Stelle kamen, wo sie imstande waren, sich hindurchzuzwängen.

Jetzt hatten sie etwa fünfzig Schritt breit glattes Wasser und dann wieder einen Korallengürtel, der aber gefährlicher

wechsel zwischen dem Fleischermeisterverband und dem Defonomierat Kind, dem Leiter der agrarischen Viehzentrale statt, zu dem Zweck die Fleisch- und Viehpreise in der Höhe zu erhalten. Der Verbandsvorsitzende der Fleischermeister schrieb damals an den Defonomierat Kind:

„Ich habe diese Bestrebungen, die vor der Hand geheim gepflogen sind (gemeint ist damit der Protest der Fleischer gegen die Fleischpreise) gern unterstützt, denn Sie wissen ja, auf welchem Standpunkt ich stehe. Ich habe das getan, obgleich ich mir nicht verhehle, daß die Zeitverhältnisse einem solchen Beginnen äußerst gefährlich sind. Durch die Viehteuering, die noch immer nicht abfällt, und in kurzer Zeit zu noch größeren Katastrophen führen wird, ist das Fleischerhandwerk stark gereizt. Ich habe, solange es eben nur möglich war, bis persönliche Verdächtigungen den Verband zu zerrütten drohten, zum Maßhalten geraten. Und der Deutsche Fleischerverband hat sich auch wirklich, das werden Sie anerkennen, äußerst zurückhaltend benommen, bis es eben nicht mehr ging. Hätte die Regierung nur ein ganz klein wenig Entgegenkommen gezeigt, das oberste Fleischkontingent etwas früher erhöht, wobei doch ganz gewiß nichts verloren gegangen wäre, evtl. auch eines der maßgebendsten Mitglieder des Fleischerverbandes durch Titel oder Auszeichnungen, den Verbandsmitgliedern gegenüber ihre Anerkennung gezeigt, wäre die Position leichter geblieben.“

Dieser Brief zeigt deutlich, wie Fleischermeister und Agrarier Verbündete zur Ausplünderung des Volkes sind.

Ein Beispiel aus neuerer Zeit:

In Sachsen sind die Fleischermeister dahin übereingekommen, die Gesellen nicht mehr zu beschäftigen, die einer Stadt beim Verkauf des eingeführten dänischen Fleisches Hilfe geleistet haben. Die Fleischermeister haben auch eine täglich erscheinende Fachpresse, die seit der Einfuhr von fremdem Fleisch nicht müde wird, das Fleisch so schlecht als möglich hinzustellen. Indirekt werden die Meister aufgefordert, sich auf den Verkauf des Fleisches nicht einzulassen, weil dadurch die Gefahr besteht, daß das Fleischerhandwerk ausgeschaltet wird. Wenn durch die Einfuhr des russischen Fleisches in Berlin die Preise bei den Schlächtermeistern für hiesiges Fleisch um 15—20 Pfg. pro Pfund herabgingen, so ist hier zweifellos der Schlüssel zur billigen Fleischversorgung gegeben. Die nächste Forderung muß sein, die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, damit auch die Einfuhr von Gefrierfleisch möglich ist.

Für Düsseldorf (Stadt und Land) ist die Einfuhr von wöchentlich 60 Stück Rindvieh aus dem Auslande gestattet worden. Die kleineren Gemeinden des Landkreises sind nun in mehreren Fällen noch selbständig vorgegangen und haben Schlachtvieh im Auslande angekauft. So hat die etwa 24 000 Einwohner zählende Gemeinde Benrath 15 Ochsen in Holland erworben und noch weitere 83 bestellt. Dieses Vieh steht nun im Düsseldorfer Schlachthaus und darf nicht geschlachtet werden, weil die Regierung verfügt hat, das Benrath nur wöchentlich 2 Stück von den für den Kreis Düsseldorf eingeführten 60 Stück Schlachten darf. Da sich die Metzger auf das von der Stadt bezogene Fleisch eingerichtet haben, so war nach Erlass der Regierungsverordnung Benrath von Fleisch ganz entblößt. In der Bevölkerung herrscht über dieses Bureaokratentum tiefe Erregung.

Auch in Götting weigern sich jetzt die Fleischermeister, das von der Stadt bezogene ausländische Fleisch zu verkaufen, nachdem sie den Ankauf bereits bei zwei Sendungen in die Hand genommen und das Fleisch, das reichenden Abzug fand, sehr gelobt hatten. Die Weigerung des weiteren Verkaufs ist nach einer Erklärung des Bürgermeisters in der letzten Stadtratssitzung erfolgt, weil die Fleischer bei dem dänischen Fleische die inneren Organe nicht mitbekämen, die sie zur Würstfabrikation benötigen, und weil sie Schwierigkeiten beim Abschluß von Verträgen mit den Engrosbühlern befürchteten. Nun wird die Stadt das Fleisch zu noch billigerem Preise selbst

verkaufen. Auf Anfrage teilte dann noch der Magistratsvertreter mit, daß der Stadtverwaltung von der pommerischen landwirtschaftlichen Organisation das Angebot gemacht worden sei, allwöchentlich eine bestimmte Anzahl von Schweinen zu liefern zum Preise von 70 Mark pro Zentner Lebendgewicht, abzüglich 20 Proz., also 56 Mk. pro Zentner. Der Pferdefuß besteht aber darin, daß sich die Stadt auf mindestens drei, am liebsten aber auf fünf Jahre zur Abnahme verpflichten sollte, und darauf könne die Stadt nicht eingehen. Dafür schweben aber Verhandlungen, um russisches Schweinefleisch zu beziehen, was auch vom Obermeister der Fleischerinnung besüßwortet worden ist. — Man kann aus vorstehendem ersehen, was es auf sich hat, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen selbstbewußt erklären, von ihrem Angebot sei bisher von keiner Seite Gebrauch gemacht worden. Keine Kommune wird sich den Agrariern auf Gnade und Ungnade auf drei bezw. fünf Jahre ausliefern. Die Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“, daß der Landwirtschaft keinerlei Vorwurf gemacht werden könne; denn sie habe bewiesen, daß sie bestrebt war, gutes und billiges Fleisch zu liefern, klingt unter den geschilderten Umständen als der reine Hohn.

Nach einer Meldung aus Petersburg herrscht im russischen Handelsministerium Einstimmigkeit darüber, daß eine weitere Ausfuhr von Fleisch nicht mehr möglich sei. Eine Einschränkung sei vielmehr durchaus am Plage. Vertreter des Handels und der Industrie wollten demnächst auch eine Tagung einberufen, um gegen die Fleischzufuhr nach Deutschland zu protestieren.

Wie unzureichend die Regierungsmaßnahmen sind, zeigt sich in Weiskirchen (Rhd.). Der Preis des holländischen Fleisches konnte von der Stadtverwaltung nicht niedriger bemessen werden, als der dort übliche. Würden die Grenzen unbefruchtet geöffnet sein, dann könnte die Teuerung eher gemildert werden.

Trotzdem die Fleischermeister in Berlin versucht haben, dem Publikum das russische Fleisch zu verwehren, und trotzdem die Innungsmeister durch umfangreiche rote Plakate erhebliche Preisherabsetzungen ankündigten, findet das durch die Stadt eingeführte russische Fleisch reichenden Absatz, jedoch die Nachfrage längst nicht gedeckt werden kann. Am Sonnabend wurde vom ersten Male auch russisches Schweinefleisch verkauft. Etwa 100 Stände sind jetzt für den Verkauf russischen Fleisches eingerichtet. Oberbürgermeister Wermuth ist am Sonnabend nach Warschau gereist, um sich in Rußland über die Einzelheiten des Fleischkaufs zu orientieren.

Der Zusammenbruch des Freiburger Milchvertriebsvereins.

Aus Freiburg in Br. wird uns geschrieben: Nach elfmonatlichem Bestehen war der Milchvertriebsverein in Freiburg i. Br. gezwungen, den Konkurs anzumelden. Schon vorher haben einige Zentrumsblätter von dem Zusammenbruch „des unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Milchvertriebsvereins geschrieben“. Wenn es je berechtigt war, bei solchen Anlässen Vorwürfe gegen unsere Partei zurückzuweisen, dann ist es hier der Fall.

Im September letzten Jahres schlossen sich die Milchproduzenten im badischen Oberland und Schwarzwald zusammen, um eine Milchpreiserhöhung von 20 auf 24 und später 26 Pfg. durchzuführen. Diese Produzentenbewegung rief in der Stadt eine Bewegung der Konsumenten hervor; es bildete sich eine Vereinigung von allen möglichen Vereinen, darunter das freie und christliche Gewerkschaftsartell, die konfessionellen und nationalen Arbeitervereine, Abstinenzvereine, Beamtenvereine usw. Ein aus diesen Körperschaften gebildetes Komitee trat mit den Produzenten in Verhandlung, auch andere Maßnahmen zur Verhinderung der Milchteuerung wurden besprochen. An den Beratungen

nahm auch der Sekretär des Bauernvereins teil. Der Bauernverein hatte kurz vorher eine von Produzenten gegründete Milchzentrale mit einer bedeutenden Schuldenlast übernehmen müssen, und hätte diese gerne wieder an den Mann gebracht. Als daher der Gedanke, eine Milchvertriebsgenossenschaft zu gründen, auftauchte, wurde er von diesem Sekretär aufgegriffen und genährt. Im Komitee hatten die Christlichen und Nationalen die Mehrheit, die Harmoniegesellschaft spielte eine große Rolle. Man wollte die Kleinbändler und Produzenten nicht schädigen. Der Produzent sollte einen richtigen Preis erhalten, der Konsument sollte durch die Ausschaltung des Zwischenhandels schadlos gehalten werden, und die Händler, denen die Kundschaft weggenommen wird, sollen bei der Genossenschaft als Milchausträger Stellung finden. Die Warnungen erfahrener Genossenschaftler fanden keine Beachtung. Wie immer in solchen Fällen, war ein verderblicher Optimismus vorhanden, der noch durch den Sekretär des badischen Bauernvereins genährt wurde. Die Geschäftsanteile wurden statt auf mindestens 10 Mark nur auf 3 Mark festgesetzt, man hoffte durch mehr Mitglieder zu gewinnen. Es traten aber nur 1500 Mitglieder bei. Auch bezahlte nur ein kleiner Teil den Geschäftsanteil gleich. Kaum 600 Mark waren beisammen, als der Betrieb eröffnet wurde. Der Bauernverein, der jetzt merkte, daß die Genossenschaft seine Milchzentrale nicht übernimmt, änderte seine bisherige Taktik. Der Sekretär des Bauernvereins hatte bei der Gründung versprochen, für das nötige Quantum Milch zu sorgen; als das Geschäft eröffnet werden sollte, war er bereit, die Milch in der Umgebung war an die Händler vergeben und die Genossenschaft war nun genötigt, aus großen Entfernungen sehr teure Milch zu beziehen.

Hatte sich die Hoffnung, durch Festsetzung eines niederen Geschäftsanteils zahlreiche Mitglieder zu gewinnen, als trügerisch erwiesen, so hoffte die Leitung durch Abgabe billiger Milch dieselben zu gewinnen. Aber auch diese Hoffnung schlug fehl und die Maßnahme hatte nur die Wirkung, daß der Verein von vornherein in tiefe Schulden geriet. Die Vorstände von Produzentenorganisationen, die dem Bauernverein sehr nahe stehen und vorher nicht laut genug nach Preiserhöhungen rufen konnten, forderten die Bauern auf, den Händlern billiger zu liefern, damit die den Milchvertriebsverein tot konkurrieren können. Der Mangel an Betriebskapital zwang den Verein, mit dem Erlös aus der Milch die Lieferanten des Inventars zu bezahlen. Auf diese Weise kam der Verein in die Schuldennechtschaft der Lieferanten und mußte sich die Festsetzung der Preise und Lieferbedingungen gefallen lassen. Zu alledem kam noch, daß sowohl der Aufsichtsrat wie auch der Vorstand unter diesen schwierigen Verhältnissen den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr gewachsen waren. Ein Geschäftsführer, dem alle kaufmännischen und technischen Kenntnisse fehlten, allerlei Pech mit dem Austrägerpersonal — unter denen sich besonders einige frühere Milchhändler hervortaten — trugen ebenfalls zum Ruin des Vereins bei.

Als der Verein vor einigen Monaten den Milchpreis erhöhte und zwischen Ein- und Verkaufspreis eine Spannung von 4 Pfg. erzielte, war es zu spät, um den Ruin des Vereins aufzuhalten.

Heute ist eine Schuldenlast von 25 000 Mark vorhanden, der an Aktiven nur ein Inventar, das jetzt noch einen Wert von vielleicht 5000 Mark repräsentiert, gegenübersteht. Die Haftungsumme der Mitglieder beträgt 10 Mark und werden die zahlungsfähigen Mitglieder mit dem vollen Betrag herangezogen, was für viele Arbeiter gerade jetzt im Winter sehr bitter ist. Besser für die Mitglieder und Leitung wäre es gewesen, wenn der Antrag auf Konkursöffnung schon früher gestellt worden wäre.

Daß aber die Gründung der Genossenschaft absolut nichts mit Parteipolitik zu tun hatte, geschweige denn eine Gründung der sozialdemokratischen Partei war, beweisen am besten folgende Tatsachen:

aus sah als er war. Er bestand nur aus nebeneinander liegenden Klippen und bot zahlreiche Durchschnitte, und die kleine Bootsmannschaft, die aus neun Personen bestand, rüderte nun bei gänzlichem Mangel auf eine hohe Sandbank zu, die sie für das feste Land hielten. Gewöhnlich war es nur eine etwa hundert Schritt breite, flache, und dahinter, als der Steuermann hinausstieg, um sich von oben aus umzusehen, entdeckte er das offene Meer der Simonsriffe, von einzelnen Inseln und Sandbänken nur überdeckt.

Hier blieb ihnen allerdings noch eine tüchtige Arbeit das Boot und dessen Ladung hinüberzuführen, und es war dunkle Nacht, ehe sie damit fertig wurden, aber dann fand ihrer weiteren Fahrt auch kein Hindernis mehr im Wege. Die Nacht lagerten sie auf der Sandbank, und der nächste Morgen fand sie schon beim ersten Schimmer des anbrechenden Tages unterwegs, um vor allen Dingen erst einmal in das Fahrwasser der Schiffe zu kommen und die Möglichkeit zu haben, von einem oder dem anderen vorbeifliegenden aufzunehmen zu werden.

Instrumente und Kompaß hatte der Kapitän gerettet, und die Karte der Straße ebenfalls, da diese schon zum Gebrauch bereit hinter dem Spiegel in der oberen Kajüte lag. Außerdem schickte ihnen aber jeder Zeitfaden, denn keiner der Leute war je diesen Weg gekommen. Nur der Koch wollte einmal eine Fahrt durch die Torresstraße gemacht haben, da er sich aber nicht um die Führung des Schiffes zu kümmern brauchte, mußte er auch sehr wenig darüber anzugehen. Nur auf das erzählte er sich, daß Booby-Inseln drängen vor den Klippen im freien Meer lag, und daß sie damals dort beiläufig ein Jag Wasser, ein Jag Zwieback und ein halb Jag gepökeltes Schweinefleisch an Land geschickt hätten. Im Boot war er aber selber nicht mit gewesen und wurde deshalb auch nichts über die eigentliche Beschaffenheit der Insel zu sagen. Seiner Aussage nach sollte es nur ein großer Inseln sein, um welche eine Umarmung großer schwarzer Wägen herumspürte; das war alles. Weder das behauptete er, ihn augenblicklich wieder zu erkennen, wenn er ihn nur sehen würde.

Der Kapitän hatte indessen auch nicht vergessen, die Schiffswasser mitzunehmen, da die australischen Eingeborenen in einem wohlverdienten kochenden Kupferkessel und was gar nicht wissen konnte, in welcher Art man mit ihnen zurechtkam. Lebriges gedachte er nicht, sie ernstlich anzusehen, und an einer Insel zu landen, wo welcher man sich nicht vorher sorgfältig überlegt hatte, daß keine Eingeborenen an Land oder wenigstens in unmittelbarer Nähe wären. Er hatte zu viel über ihre furcht-

stige Schlaueit und Grausamkeit gehört, um sie nicht zu fürchten und jeden Zusammenstoß mit ihnen ängstlich zu vermeiden.

Die Aussagen des Kochs, der als einzige Autorität in diesem Meer galt, dienten ebenfalls nicht dazu, ihn zurechtzuführen zu stimmen, denn der Burche — nach Art solcher Leute, die alles Gehörte entsehrlich übertrieben und womöglich noch ihren Teil dazu erfinden — wußte nicht genug von den Schenlichkeiten zu berichten, mit welchen sie Schiffbrüchige, die in ihre Hände fielen, behandelten. Daß sie dieselben schließlich auftraten, war noch das wenigste.

Zu Mittag legten sie an einer nackten Sandbank an, und der Kapitän nahm hier erst einmal seine Observation, die ihm zeigte, daß sie sich nördlich von der eigentlichen Einfahrt befanden und deshalb mehr nach Süden hinunter halten mußten. Sie sahen auch selber, daß dies kein Kanal für größere Schiffe sein konnte, denn mehrmals hatten sie Nähe passiert, in denen sie die Korallen so dicht und deutlich unter sich erkannten, daß man glauben mußte, man könne sie mit der Hand ergreifen. Allerdings waren da noch immer zwei bis drei Faden Wasser, aber oft trafen sie auf Klippen, die bis unter die Oberfläche reichten, und zwischen denen sie sich selbst mit dem schmalen Boot kaum hindurchwinden konnten.

Erst gegen Abend erreichten sie eine der wirklichen Bahagen und blieben die Nacht auf einer kleinen, nur mit niederen Büschen bewachsenen Insel, wo sie wenigstens nichts von feindlichen Eingeborenenstämmen zu fürchten hatten — aber kein Regen fiel, und ihr spärlicher Wasservorrat ging zu Ende.

Am nächsten Morgen mit Tagesanbruch ruderten sie weiter und setzten auch das mitgenommene Segel, aber die Brise war sehr schwach und trieb sie, allerdings mit günstiger Strömung, nur langsam vorwärts. Wieder kamen sie aber hier, irriggeführt durch die verschiedenen Inseln und Sandbänke, in einen falschen Kanal und erreichten erst lange nach Dunkelwerden die größere Insel Mount Adolphus, wo sie wenigstens Wasser zu finden hofften, denn das vom Regen angefeuchtete Wasser war in der glühenden Hitze vollständig ausgetrunken.

Allerdings befinden sich dort dicht am Ufer in dem einen Felsen ein paar kleine Süßwasserquellen, wie sie aber den Platz erreichten, war hohe Zeit, und weiter in das Land wagten sie sich nicht hinein, da sie in den schmalen Tälern in einen Hinterhalt zu fallen fürchteten.

Einige Früchte hatten sie allerdings auf mehreren der kleinen Inseln aufgelesen, auch Eier gefunden, welche die Vögel in den hohen Sand legen, um sie dort von der

Sonne ausbrüten zu lassen — sonst nichts. Tauben, eine weiße prächtige Art mit dunkelbrauner Abzeichnung, saßen sie genug und schossen auch ein paar mal danach, aber ohne irgend welchen Erfolg, denn ihre Munition bestand nur in Keschoten, nicht in Schrot, und die alten Musteten schossen nicht so sicher, daß sie einen so kleinen Gegenstand wie eine Taube damit aus den hohen Bäumen hätten herausholen können.

Auf Mount Adolphus, wo sie aber nur beiläufig und sich nicht einmal getrauten, das Boot zu verlassen, blieben sie aber wieder nur auf den Rest ihrer mitgenommenen Vorräte angewiesen, und ihre einzige Hoffnung lag jetzt darin, jenes Booby-Insel zu erreichen und von dem dort befindlichen Proviant so lange zu zehren, bis sie ein durch die Torresstraße kommendes Schiff anrufen und mit diesem Batavia oder Singapur erreichen könnten.

Der Kapitän mußte übrigens von hier aus, da er die genaue Beschreibung und sogar die Zeichnung der Konturen dieser Insel auf der Karte fand, genau die Richtung, die sie zu nehmen hatten. Schon um vier Uhr morgens setzten sie auch mit einer günstigen Brise in dem hier ziemlich breiten Kanal aus, und nachmittags um vier Uhr endlich, von brennendem Durst fast zur Verzweiflung getrieben, sichteten sie gerade im Westen den einzelnen Felsen im Meer, der nach jeder Berechnung das angegebene Booby-Insel sein mußte.

Der Koch wollte freilich nichts davon wissen; er behauptete, Booby-Insel sei ein ganz spitzer kleiner Felsenkegel, und das hier lag breit und flach auf dem Wasser; der Kapitän ließ sich aber nicht irren machen, denn seiner Karte und seiner Berechnung nach stimmte es und er hielt gerade darauf zu.

Die Leute selber hatten sich bis jetzt ziemlich gut gehalten, nur der Zimmermann, der aber auf dem Fahrzeug Matrosendienste versah, jammerte und klagte über Durst und Hitze mit der Hand das Seewasser, um seine Lippen zu kühlen. Damit machte er freilich das Uebel nur noch ärger, denn wenn es auch für den kurzen Augenblick etwas Erfrischendes haben mochte, der salzige Geschmack hinterher zeigte und trübete nur um so viel mehr, und er wimmerte leise vor sich hin.

„Geduld, Mann, Geduld,“ sagte der Steuermann zu ihm, indem er ihn auf die Schulter klopfte, „da vorn liegt Wasser; in zwei oder drei Stunden können wir dort sein, und so lange werdet Ihr's doch bei Gott wohl aushalten. Schämt Euch doch vor dem Jungen, denn der hat noch nicht einmal geklagt.“

(Fortsetzung folgt.)

Bei der Gründung der Genossenschaft waren von den fünf Vorstandsmitgliedern vier Staatsbeamte und ein Sekretär der Freien Gewerkschaften. Im Aufsichtsrat waren vier freie Gewerkschaftler, sechs Christliche und Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine und vier Beamte. Vorsitzender des Aufsichtsrats war bis vor wenigen Wochen der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftskartells.

Als die Sache nicht so ging, wie der Bauernverein meinte, wurden allerdings die Zentrumsleute zurückgepfiffen und bis auf zwei haben sie sich nach und nach von der Leitung zurückgezogen. Auch die Beamten haben sich, angeblich auf einen Wink von oben, langsam verzogen, so daß für die letzte Zeit im Vorstand — gegen ihren Willen — nur noch freie Gewerkschaftler waren. Im Aufsichtsrat saßen zuletzt noch neben vier freien Gewerkschaftlern neun Mitglieder aus den anderen beteiligten Vereinen, darunter auch drei Christliche. Das dürfte genügen, um zu zeigen, wie gewissenlos es ist, wenn in diesem Falle Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie erhoben werden.

Es fällt uns nicht ein, etwa die Zentrumsparthei oder die Liberalen für die Sache verantwortlich zu machen; aber feststellen wollen wir, daß Zentrumsanhänger an der vordersten Spitze standen, als die Suppe eingebrocht wurde. Nachdem die Sache brenzlich wurde, haben sie sich nach und nach bis auf zwei gedrückt und den andern die Suppe zum Auslöffeln überlassen. Wenn nun gegnerische Blätter versuchen, die Sozialdemokratische Partei für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen, so weisen wir das entschieden zurück. Es sei auch nochmals erwähnt, daß gerade von Parteigenossen, die im Genossenschaftswesen erfahren sind, geraten wurde, den Geschäftsanteil höher zu setzen. Ebenso wurde dringend vor der überstürzten Geschäftseröffnung gewarnt.

Aus der Partei.

Der Parteitag der oberen Rheinprovinz, umfassend die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Trier, Koblenz und das Fürstentum Birkenfeld, wurde in Bonn abgehalten. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Molkenbühler erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Protestresolution gegen den Krieg einstimmig angenommen, nach der der Parteitag erwartet, daß die Sozialisten aller europäischen Länder ungehämmt große Friedensdemonstrationen veranstalten und dadurch den unterschiedenen Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, das Balkanfeuer zu dämpfen und vor allem kein Uebergreifen auf andere Staaten zu verhindern. Aus dem Bericht der Bezirkskommission ist folgendes mitzuteilen: In dem Bezirk, der die sichersten Kreise des Zentrums umfaßt, liegen die sozialdemokratischen Stimmen von 60 825 auf 87 378, oder um 26 553, während die Zentrumsstimmen um 3000 zurückgingen. Das wichtigste Ereignis war die Eroberung Kölns, des deutschen Roms. Die Organisationsarbeit hatte auch sonst große Erfolge. Die Zahl der politisch organisierten stieg im Bezirk von 11 366 auf 14 869, darunter 1566 weibliche. Die Einnahmen des Bezirksauschusses beliefen sich auf 19 936, die Ausgaben auf 18 898 Mk.; bei der Reichstagswahl wurden weitere 16 617 Mk. ausgegeben. Im Bezirk gibt es in zwei Städten sechs sozialdemokratische Stadtverordnete und in acht Landgemeinden 11 Gemeindevorsteher. Ueber die Reichstagswahlen und ihre Lehren hielt Genosse Haffner ein großzügiges Referat. Ueber die rheinische Landgemeindevorordnung sprach Genosse Meerfeld. In einer einstimmig beschlossenen Resolution sprach der Parteitag seine Entrüstung darüber aus, daß die preussische Regierung und die reaktionären Parteien des Landtages jede ernste Reform der rheinischen Landgemeindevorordnung zu vereiteln suchen. Der Parteitag wiederholte die folgenden Forderungen, die schon im Jahre 1909 der Dürener Parteitag aufgestellt hatte: 1. Die volle Einführung des Grundgesetzes der Einwohnergemeinde statt der Bürgergemeinde; 2. die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Gemeindevorwahlen unter Beseitigung aller Besitzvorrechte; 3. die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Gemeinderatsverhandlungen; 4. die Befreiung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnisnahme und der Beanstandung ungelegelter Gemeindevorbeschlüsse; 5. Gewährung des Rechtes zur Einführung der Städteordnung an alle Gemeinden über 5000 Einwohner; 6. Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten durch die Einwohnerschaft statt der Ernennung durch den Oberpräsidenten. Es folgte dann das Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Paul Hirsch über die preussischen Landtagswahlen im Jahre 1913. Genosse Hirsch polemisierte u. a. gegen den bekannten Vorschlag Eisners und kam zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu dem Eisnerschen Vorschlag die Führung im Wahlkampf behalten müsse. Damit hatte der Parteitag sein Ende erreicht.

Beschneidung. Wegen Beleidigung hatte sich am Donnerstag der Verantwortliche der „Görlicher Volkszeitung“, Gen. Oswald vor dem Schöffengericht in Görlich zu verantworten. Er hatte eine Notiz aus Weißwasser aufgenommen, in der zwei Gerichtsurteile gegenübergestellt waren: Ein Generaldirektor, dessen Einkommen auf mindestens 150 000 Mark jährlich geschätzt wird, erhielt wegen einer persönlichen Beleidigung eines im öffentlichen Leben stehenden Mannes 10 Mk. Geldstrafe; dagegen wurde ein Lagerhalter, der als Herausgeber eines Wahlflugblattes ohne nähere Angabe von Personen das Wort Clown gebraucht hatte, zu 50 Mk. Strafe verurteilt. An diese Gegenüberstellung war die Bemerkung geknüpft: „Aber trotzdem ist jeder Preuze vor dem Gesetz gleich; Klassenjustiz gibt es nicht.“ Durch die letzten Worte soll der Amtsgerichtsvorsitzende beleidigt worden sein und der Landgerichtspräsident in Görlich stellte Strafantrag. Das Urteil lautete auf 60 Mark Strafe.

Aufdeckung von Schulmissständen und trotzdem Strafe. Im „Volksblatt für Mülhausen i. Lh.“ waren die sehr harten Züchtigungen eines Volksschullehrers kritisiert worden. Das führte zu einem Strafprozeß gegen die Gen. Markewitz als Verfasser und Geigner als Verantwortlichen Redakteur. In der Verhandlung wurde durch ein großes Zeugenangebot die Züchtigungsmethode des Lehrers beleuchtet, und der Wahrheitsbeweis erbracht. Trotzdem verurteilte das Gericht Markewitz zu 100 Mk. (der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis) und Geigner zu 20 Mk. Geldstrafe, weil in dem Artikel von einem „prügelnden Pädagogen“ und „einer sehr heuchlerischen Brügelknechtung“ die Rede war. Doch erkannte das Gericht an, daß die Verhandlung ein Bild ergeben habe, das nicht sehr erquicklich sei.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Konkurrenzkampf zwischen evangelischen Arbeitervereinen und den Gelben im Ruhrgebiet zeigt immer tollere Wüten. War da in Herne eine Konferenz von Vertretern evangelischer Arbeitervereine „aus dem ganzen Industriegebiet“ zusammen, um von neuem zu beraten, so

wie die böse gelbe Konkurrenz aus dem eigenen Gehege ferngehalten werden könne. Und die guten Leuten mußten am Ende wieder nichts Besseres zu tun, als eine neue Protestresolution zu fassen. Diese stellt entschieden das Berrückteste dar, was man sich an Selbstorganisation vorstellen kann. Deshalb verdient dieses Angstprodukt hier wiedergegeben zu werden: „Die Konferenz erblüht in den sogenannten gelben Gewerkschaften eine große Gefahr für die evangelischen Arbeitervereine. Die Tatsache, daß die katholische Arbeitervereine in ihren konfessionellen Vereinen straffe, zentralisierte, unter geistlicher Leitung stehende Organisationen haben und ferner die Tatsache, daß diese Vereine auf ihren Delegiertentagen sich scharf gegen die „Gelben“ ausgesprochen und die Mitgliedschaft bei diesen unter Ausschluss aus den eigenen Vereinen gestellt haben, ergibt, daß die katholischen Arbeitervereine kein Rekrutierungsobjekt für die „Gelben“ sein können und daß dadurch die evangelischen Arbeitervereine als Agitationsgebiet angesehen werden müssen. Abgegeben von der Tatsache, daß die evangelischen Arbeitervereine schon jahrzehntelang programmatisch sich als Ziel daselbst gesetzt haben, was die Werkvereine angeblich wofür, müssen bei der heutigen Lage innerhalb unserer Arbeitervereine durch die gelbe Werbarbeit Reibungen und Verstimmungen schlimmster Art entstehen. Die „Gelben“ entsprechen weder einem wirklich vorhandenen Bedürfnis der Arbeiter, noch sind sie nach ihren Grundsätzen fähig, eine wirkliche Arbeiterinteressenvertretung zu sein. Die gelbe Bewegung erzieht den Arbeiter nicht zum selbstbewußten Menschen, der sich seiner Pflicht und seines Rechtes bewußt ist. Im Gegenteil bedeutet sie die Züchtung von Charakterlosigkeit und zeigt Arbeiteruntugenden (Schmarozkertum) schlimmster Form. Ferner erblicken wir in der gelben Bewegung eine sehr ernste Gefahr für die nationalliberale Partei. Eine Arbeiterpartei, welche unter Verzichtleistung einer natürlichen Rechtsstellung grundsätzlich jeden Kampf verweigert, kann als überzeugte Kämpferin politisch nicht in Frage kommen. Unser nationalliberales Bürgertum wird durch die tiefen politischen Absichten der gelben Hintermänner nach links, dem radikalen Fahrwasser zugezogen. Die Folge davon die schließliche Bedeutungslosigkeit der Partei im Gegensatz zu der scharfen Konkurrenz des Zentrums und der Sozialdemokratie. Unserer evangelischen Arbeiterpartei kann nur der Anschluß an die christlichen und nationalen Gewerkschaften dringend empfohlen werden.“ — Fast möchte man meinen, die guten Leuten wären das Opfer eines Witzbolbes geworden, denn jeder Satz der Resolution paßt auf die evangelischen Arbeitervereine, als ob sie bestimmt wäre, diese zu perflören. Den vollendetsten Witzmann leistet sich die Resolution mit dem Satz, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, daß das nationalliberale Bürgertum durch die politischen Absichten der gelben Hintermänner dem linksliberalen Fahrwasser zugezogen würden. Und diese selben Leute empfehlen den Beitritt zu den christlichen Streikbrechergewerkschaften, durch die das Zentrum gestärkt wird. Dieselben Leute auch sind für die Wahl des Reichstagsabgeordneten Hedemann eingetreten, der auf ein gelbes Wahlprogramm gewöhnt worden ist. Die Angst vor den gelben Werkvereinen muß den gelben evangelischen Arbeitervereinen bereits alle Bestimmung geraubt haben. Sie werden sich damit abfinden müssen, daß ihre Zeit vorüber ist. Die gelben Werkvereine entsprechen aber den Wünschen und Interessen der Werksherren besser als die evangelischen Arbeitervereine. Deshalb ist es auch um die wohlwollende Unterstützung und Gönnerschaft gegangen, deren sie sich so lange durch die Werksgewaltigen zu erfreuen hatten.

Streik der Elektromonteur in München. Die Elektromonteur in München sehen seit acht Tagen im Streik. Ihre Forderung richtet sich in der Hauptsache auf Lohnerhöhung und die Erreichung von Mindestlöhnen. Seither bestanden in der Branche Durchschnittslöhne, die sich nicht bewährt haben, sondern zu einer wilden Konkurrenz auf Kosten der Arbeitslöhne führten. Eine weitere Forderung bezweckt die Erhöhung der Montagetagezulagen, die entsprechend den allseits verteuerten Verhältnissen als zu gering erachtet werden müssen. Die Unternehmer sind wohl in der Lohnfrage entgegengekommen, weigern sich aber, irgend welche andere Zugeständnisse zu machen. Da es deshalb zum Ausstand der Elektromonteur und Hilfsmonteur gekommen ist, versuchen nun die Unternehmer von auswärts, insbesondere von Norddeutschland, Arbeitswillige zu erhalten. Dazu haben sich bereits Hamburger und Berliner Streikbrecher-Exportfirmen bereit erklärt, sie wollen den bedrängten Unternehmern gegen entsprechenden Mamonn etliche Hundert Arbeitswilliger senden. Wenngleich auch diese Kausreißer die Situation, die für die Streikenden sehr günstig ist, nicht sonderlich beeinflussen und die Unternehmer keine Freude an den nützlichen Elementen haben werden, so werden die Elektromonteur dennoch vor Arbeitsaufnahme in München gewarnt.

Soziales.

Das Unternehmertum gegen die Arbeitslosenfürsorge. Das Gesamtkollegium der württembergischen Zentralkasse für Gewerbe und Handel, eine in der überwiegenden Mehrheit aus Vertretern der Handels- und Handwerkskammern bestehende beratende und begutachtende Körperschaft, hatte sich mit der Frage zu befassen, ob in das nächste Staatsbudget Mittel eingestellt werden sollten zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Da die Unternehmervertreter in jeder staatlichen Zuwendung für diesen Zweck eine Förderung der sozialdemokratischen Partei und eine Entlastung der gewerkschaftlichen Zentralverbände erblickten, lehnten sie dies ab. Die vier Arbeitervertreter, die dem Kollegium als so eine Art Konzeptionschuldes angehören, traten natürlich einstimmig für die staatliche Unterstützung der Arbeitslosenfürsorge ein, aber da sie eine kleine Minderheit darstellten, richteten sie nichts aus. Der ablehnende Beschluß der Unternehmer wendet sich gegen einen Mehrheitsbeschluß des Landtages, der der Sozialdemokratie zu verdanken war und der Mittel bereit gestellt wissen will zur Gewährung von Staatsbeiträgen an solche Gemeinden, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die Frage ist jetzt dadurch praktisch geworden, daß die Stadt Stuttgart eine kommunale Arbeitslosenunterstützungsfasse eingerichtet hat, an welche die Gewerkschaften zurzeit ihren Anschluß vollziehen. Man darf jetzt darauf gespannt sein, ob die Regierung beim nächsten Etat dem Kammerbeschluß oder der ablehnenden Haltung des arbeitgeberfeindlichen Unternehmertums Rechnung tragen wird. Es zeigt sich aber bei dieser Gelegenheit auch wieder, wie nachteilig für die Arbeiter es ist, daß die Unternehmer in ihren Handels- und Handwerkskammern öffentlich rechtliche Vertretungskörper zur Geltendmachung ihrer Interessen gegenüber den Regierungen besitzen, während die Arbeiterkammern immer noch fehlen. Wäre in Württemberg eine Arbeiterkammer vorhanden, so müßte sie auch offiziell zu der Streitfrage gehört werden, die Parität wäre hergestellt und die Regierung könnte leichter den Kammerbeschluß erfüllen. Seit den kaiserlichen Februarerlassen von 1890 aber wartet die Arbeiterklasse vergeblich auf diese versprochene Vertretung.

Der Mißerfolg der Ansiedlung von Landarbeitern. Die Ostpreussische Landgesellschaft in Königsberg gibt jedoch ihren Bericht über ihre Besiedlungstätigkeit heraus. In

dem Bericht wird vor allem konstatiert, daß die Güterpreise wiederum stark in die Höhe getrieben worden seien, und daß ein Stillstand auch trotz der nicht günstigen Entverhältnisse nicht zu erwarten sei. Da die Ansiedler das Bestreben haben, ihre Stellen mit Geminn zu verkaufen, um größere Grundstücke zu erwerben, so hat die Ostpreussische Landgesellschaft, wie sie mitteilt, zur Erleichterung des Besitzwechsels nachträglich für sich das Recht festgelegt, im Verkaufsfalle die für sie eingetragene und im übrigen zehn Jahre unkündbare Resthypothek sofort fällig zu machen. Von diesem Recht ist in den meisten Besitzwechselfällen Gebrauch gemacht worden. Im letzten Geschäftsjahre sind auf diese Weise insgesamt 81 683 Mark an Resthypotheken an die Landgesellschaft zurückgefloßen. Angekauft wurden im Berichtsjahre zehn Grundstücke in der Größe von zusammen 2835,33 Hkt. zu einem Gesamtaufpreise von 3 216 595 Mark. Der Durchschnittspreis beträgt für den Hektar 1170 Mark gegen 1087 Mark im Vorjahr. Im Berichtsjahre wurden 225 Ansiedler angehebt. Insgesamt hat die Landgesellschaft bis zum 1. April 1912: 1016 Ansiedler auf 14 791,26 Hkt. angehebt. Es sind gebildet worden: 28 % Arbeiter- und Handwerkerstellen mit einem Besitz bis 2,5 Hkt., 63 % Kleinbauernstellen mit Besitz zu 25 Hkt. und 9 % Großbauernstellen und Restgüter, deren Größe über 25 Hkt. hinausgeht. Diese Aufstellung beweist, wie gering bisher der Erfolg der Ansiedlung von Arbeitern ist. Im wesentlichen sind Bauern angehebt worden. Ganz und gar hat die Arbeiteransiedlung der Kreisverbände Mißfolge erlitten. Der Bericht der Landgesellschaft sagt, diese Ansiedlung nehme leider nicht den erhofften Fortschritt, da die Besetzung der Arbeiterstellen andauernd die größten Schwierigkeiten mache. Mehrere Kreise wurden die bebauten Stellen trotz der größten Bemühungen nicht los. Man könne sich daher nicht wundern, daß sie den Mut zur Weiterarbeit auf diesem Gebiet verloren hätten. Bis jetzt hätten die Kreise von 66 ausgelegten Stellen 39 verkauft. Von den verkauften 39 Stellen sei bei sieben das Verkaufsergebnis abgesehen, daß die Staatsbeihilfe durch den Oberpräsidenten ausgegahlt werden könnte. Es soll nun noch der Versuch gemacht werden, Kleinbesiedlungsgesellschaften zu bilden, um zu sehen, ob mit diesen die Arbeiteransiedlung in flotteren Gang gebracht werden kann. Aus diesen Mitteilungen ist ersichtlich, daß sich auch die ostpreussischen Landarbeiter scheuen, das Joch der modernen Sörigkeit auf sich zu nehmen.

Achtstundentag im Frankfurter Elektrizitätswerk. Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschloß, auch im großen Elektrizitätswerk den Dreischichtenwechsel (Achtstundentag) einzuführen.

Aus Nah und Fern.

Geistig gesund im Irrenhause. Schwere Anklagen sind oft genug in der Öffentlichkeit gegen das heutige Irrenrecht erhoben worden. Die geltenden Bestimmungen über die Internierung von Geisteskranken haben es vielfach ermöglicht, daß Personen, die sich durchaus im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte befinden, durch Treiberkreise von Erbberechtigten oder sonst interessierten Personen einer schweren Irrenhausolter ausgeliefert wurden und sich erst nach schweren Kämpfen und schlimmen Qualen und erheblichen Schäden an ihrer Gesundheit wieder zu befreien vermochten. Ein besonders trauriger Fall beschäftigt jetzt wieder die Öffentlichkeit. Unserm Kölner Bruderblatt entnehmen wir darüber folgendes: Frau Wilhelmine Peill auf „Maltheserhof“ in Kömplinghoben bei Oberkassel eine neunundsechzigjährige Dame, der ein Millionenvermögen zur Verfügung steht, hatte ihre einzige Tochter an den königlichen Musikdirektor Schillings verheiratet. Schillings soll es verstanden haben, während der kurzen Zeit seiner Ehe einen stattlichen Teil des schwiegersmütterlichen Vermögens durchzubringen, so daß die alte Dame, die immer wieder von Schillings um Geld angegangen wurde, eines Tages den Auspruch tat, sie würde ihr Vermögen testamentarisch den Kindern Schillings vermachen, um einer vorzeitigen Reduzierung vorzubeugen. Das soll nun den Anlaß zu der entscheidenden Aktion gegen sie gegeben haben. Gelegentlich eines Aufenthalts in Maria Laach wurde sie auf Veranlassung ihres Schwiegersohns und ihrer Tochter mittels Automobils in die Irrenanstalt des Sanitätsrats v. Ehrenwall zu M rweiler geschickt. Man wies hier der alten Frau ein einfaches Zimmer auf der dritten Etage an, wofür man dem Anstaltsinhaber monatlich 800 Mark, natürlich aus dem Vermögen der Schwiegermutter selber bezahlte. Wenn es es verwunderlich, daß die Dame recht lange in der Anstalt zu halten suchte? Ueber ein Jahr mußte die Unglückliche hier schmachten. Jeder Zutritt von Freunden oder Bekannten wurde ihr verboten. Es ist wirklich erstaunlich, daß die angeblich Geisteskranke in solch qualvoller Isolierung nicht wirklich geisteskrank wurde! Inzwischen wurde von Tochter und Schwiegersohn das Entmündigungsverfahren eingeleitet. Zum vorläufigen Vormund ernannte man den Rechtsanwält Fahr in Königswinter. Nach monatlangen Verhandlungen und vielen Sachverständigengutachten wurde der Entmündigungsbeschluß vom Amtsgericht ausgeprochen, von Frau Peill aber angefochten. Der Prozeß schwebt augenblicklich am Bonner Landgericht. Ihre Anträge, man möge sie doch auf ihr Gut nach Kömplinghoben zurückkehren lassen, wo sie bisher in Frieden gelebt habe, wurden erst nach langen Bemühungen ihrer Freunde berücksichtigt. Von hier aus ist sie schließlich „unbekannt wohin“ verschwunden und an einen sichern Ort gebracht worden. Eine Anzahl von Sachverständigen trat inzwischen in Aktion und diese konstatierten, daß die Frau keineswegs schwachsinzig sei. Man ist erstaunt über ihre Geistesstärke und ihr eminentes Gedächtnis; trotz ihrer achtzig Jahre verfügt die Greisin über eine seelische und körperliche Frische, um die sie von viel jüngeren Personen beneidet werden könnte. In ihrem Heim Kömplinghoben bei Oberkassel wohnt jetzt der Schwiegersohn, der Herr Musikdirektor Schillings mit seiner Familie. Ein Rattenkönig von Prozeßen hat sich im Anschluß an die Befreiung der alten Dame und ihre Entführung geknüpft. Der Kommerzienrat Ursprung in Barmen, der mit dem verstorbenen Gatten der Dame befreundet war — Peill war übrigens Wittfrau des Bonner Beethonenhäuses — sollte, wie allgemein vermutet wurde, die Entführung bewirkt haben und auch den jetzigen Aufenthalt der Frau Peill kennen. Der Vormund hat darum Klage beim Bonner Landgericht erhoben und eine einstweilige Verfügung gegen Ursprung beantragt, er solle den Aufenthaltsort der Frau Peill angeben. Diesem Antrage hat jetzt das Bonner Landgericht stattgegeben. Ursprung will sich jedoch diesem Urteilspruch nicht unterwerfen, er betont, daß das Bonner Gericht in der Sache nicht zuständig sei, und bestreitet, mit dem Verschwinden der Frau Peill etwas zu tun zu haben, er wisse zwar, wo sie sich befindet, weigere sich aber, das zu sagen, weil er das ganze Verfahren gegen die alte, völlig gesunde Dame für ein schweres Unrecht ansehe. Sie sei aus eigenem Entschluß verschwunden, nachdem sie erfahren habe, man wolle sie wieder in eine Irrenanstalt bringen. Neben diesem Rechtsstreit schweben noch eine ganze Reihe von Beleidigungsklagen gegen Ursprung. Hoffentlich wird man noch näheres über den weiteren Verlauf der Angelegenheit zu hören bekommen. Die alte Dame, die nicht nur selbst reich ist, sondern auch einflußreiche Gönner hat, kann trotz aller Qualen, die sie hat durchmachen müssen, noch immer von Glück sagen. Man, andererseits, der weniger von solchen Umständen gezeugt war, hat dies

Folter bis zum letzten Rest durchkosten müssen, niemand hat ihm geholfen, niemand ihn befreit. Wann endlich wird die so dringend nötige Reform des heutigen Strafrechtes und der Strafpflege kommen?

Die besorgte Polizei. Aus Anlaß einer Lauffeierlichkeit am Weimarer Hofe wollte am Donnerstag außer einer Reihe anderer Fürstlichkeiten auch der Kaiser in der Musenstadt. Am Donnerstag morgen nahm die Kriminalpolizei eine Kazzia nach Verbüchigen vor. Zwei Genossen befanden sich geschäftlich in Weimar und wurden in ihrem Hotel in früherer Stunde von einem Kriminalbeamten herausgeholt, der sich nach dem Zwecke ihres Fortseins erkundigte. Auf die Frage, warum sich die Polizei dafür interessiere, erklärte der Beamte: es sind jetzt so viel Fürstlichkeiten hier und deshalb müsse die Behörde wissen, was jeder Fremde hier wolle. Man müsse sich aus diesem Grunde den Anordnungen der Behörde fügen. — Dank der weisen Fürsorge ist die Lauffeierlichkeit ohne irgendwelche Störungen vorübergegangen. Aber was hätte nicht alles passieren können!

Schweres Eisenbahnunglück. Der täglich von Brenzlau nach Fürstenwerder verkehrende Staatsbahn-Schotterzug, der fahrplanmäßig um 5 Uhr 38 Min. in Fürstenwerder eintrifft, ist am 26. Oktober, morgens, am Ende des Bahnhofs mit der Lokomotive und sechs Wagen über den Pressbock hinausgefahren. Der Lokomotivführer und ein Bremser wurden getötet, ein Geizerschwerer, ein anderer leicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Sensationsprozess in den Reichslanden. In dem Verleumdungsprozess, den der Statthalter Graf Wedel gegen die Rheinisch-Westfälische Zeitung angestrengt hatte, und der mit einer Verurteilung des Redakteurs endete, stellte einer der Verteidiger die Behauptung auf, die Rheinisch-Westfälische Zeitung beziehe ihre Informationen von Stellen, die man sich garnicht hoch genug denken könne. Im Organ des Abg. Wetterle, dem „Rouvelite“ wird nunmehr erklärt, die Informationen der Rhein.-Westf. Ztg. gingen auf den Unterstaatssekretär Mandel zurück. Der Unterstaatssekretär, dem damit vorgeworfen wird, daß er den ihm vorgelegten Statthalter in der Presse hinterücks angegriffen habe, hat gegen den „Rouvelite“ Strafantrag gestellt. In den Reichslanden erwartet man von diesem Prozess sensationelle Enthüllungen.

Folgenreicher Explosionen. In einem Kasernenbau zu Metz sollte ein 15jähriger Knabe Wasser in einen Heizkessel gießen. Es erfolgte eine Explosion, und der Junge wurde getötet. — Bei der Beförderung von 15 Hund Pulver vom Bahnhof Niga nach einer Patronenfabrik erfolgte aus unbekannter Ursache eine Explosion, bei der ein Arbeiter getötet, ein zweiter und zwei Frauen verletzt wurden.

Die Tätigkeit eines Polizeispiegels kam am Freitag in einem Prozess vor dem Bochumer Schöffengericht zur Sprache. Im Frühjahr vorigen Jahres versuchte ein Buchdrucker namens Stephan Wiehle aus Posen sich in Bochum Eingang in die sozialdemokratische Partei zu verschaffen. Das war ihm mißlungen. Mehr Glück hatte er in dem nationalpolnischen Verein dortselbst. Er wurde aber sehr bald entlarvt. Unter Bochumer Parteiblatt wie der „Marius Kolski“ waren in die Lage gekommen, Berichte, die Wiehle über seine Tätigkeit an die Polizeidirektion in Bochum geliefert hat, zu veröffentlichen. Wiehle behauptete, daß ihm die Berichte entwendet worden sind. Es wurde eine eifrig betriebene Untersuchung eingeleitet, die schließlich zu einer Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Marius Kolski“ wegen Hehlerei führte. In der Verhandlung wurde die Frage des Verteidigers, ob Wiehle im Dienste der Polizei stehe, nicht zugelassen, ebenso wurde auch die Verlesung der Berichte als nicht zur Sache gehörig verweigert. Der Staatsanwalt gab jedoch in seinem Plaidoyer glatt zu, daß die Polizei ohne Spiegel nicht auskommen könne. Obwohl die Beweisaufnahme keinen Beweis dafür erbracht hatte, daß der Angeklagte die Originalberichte in Händen gehabt hat, und obwohl nicht einmal eine Verurteilung wegen Diebstahls erfolgt ist, die die Voraussetzung einer Verurteilung wegen Hehlerei ist, plädierte der Staatsanwalt für Verurteilung. Das Gericht hielt zwar objektiv einen Diebstahl für vorliegend, aber es kam zu einer Freisprechung, weil dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß er im Besitz der Originalberichte gewesen sei. So hat die Polizei von ihren 12-jährigen Bemühungen nichts weiter eingekauft, als die Feststellung, daß in Bochum die nationalpolnischen Vereine von der Polizei in aller Form bespitzelt werden.

Ein Riesen-Versammlungslokal. Man schreibt: Frankfurt mag in manchen Dingen den ersten internationalen Großstädten noch nicht völlig ebenbürtig sein, einen Ruhm hat es aber neuerdings völlig voraus, nämlich den, eines der größten Versammlungslokale der Welt zu besitzen. Der Frankfurter Arbeiterklub war es gelungen, diese Riesenhalle für ihre Protestversammlung am verflohenen Sonntag zu gewinnen. Es war das erste Mal, daß eine sozialdemokratische Versammlung in der Festhalle, die aus höchsten Mitteln erbaut ist, tagte. Unter dem Regime des Oberbürgermeisters Widies war die Halle den Arbeitern zu Versammlungen stets unter den wichtigsten Vorwänden verweigert worden. Doppelt groß war die Freude unserer Frankfurter Genossen, daß sie nun endlich einmal die Halle in ihrem Sinne einweihen konnten. Dort also, von der Stelle, wo vor kurzem anlässlich

des Schützenfestumzugs ein Hohenzollernprinz eine „herausfordernde Rede“ hielt, sprachen am Sonntag vor einer Riesenmenschenmenge sozialdemokratische Redner. Ungefähr 20 000 Menschen füllten den gewaltigen Raum. Die weite Fläche des Parterres besitz schon eine gewaltige Ausdehnung, ringsum freigen die Ränge bis zur Höhe des Daches hinauf. Erhebend war der Anblick, der sich bei der Abstimmung der Resolution bot, als vom Parterre bis zur höchsten Galerie sich die vielen, vielen tausend Hände emporreckten. Glanzvolle Feste hat die Halle schon verschiedentlich gesehen, aber ob es dabei zu einem so imposanten Anblick gekommen ist, möchte man mit Recht bezweifeln. Mit dieser Protestkundgebung legte auch die Riesenhalle ihre Feuerprobe als Versammlungsort ab. „Wo wird sich der Redner finden, dessen Stimme in diesem großen Raume durchdringen kann“, hatte einst Herr Widies gemeint, als man schon einmal eine Versammlung darin abhalten wollte. Diese Befürchtung hat sich als nichtig erwiesen. Die Akustik der Riesenhalle ist so vorzüglich, daß man im entferntesten Winkel einen Redner noch deutlich und klar verstehen kann. Erwähnt sei noch, daß das Dach dieses weiten Raumes vollständig von den Wänden getragen wird, die Mitte wird also durch keinerlei Stützpfeiler verunziert. Der Erbauer des stolzen Bauwerkes ist der bekannte Städtebauer Bruno Thiersch. Fürwahr, er hat mit dieser Festhalle einen prächtigen Beweis seines Könnens erbracht.

Kleine Chronik. Bei Palsburg wurde ein Soldat von einem Korbflücker überfallen. Er verletzte in der Notwehr mit seinem Seitengewehr zwei Frauen und einen Mann schwer. — Ein unbekannter Mann überfiel in Haspe, Westfalen, einen Lehrling der Rassenverwaltung des Eisenwerks, der Geld zur Lohnzahlung von einer Bank holte. Er schlug ihn mit einem Eisenhammer nieder, entriß ihm einen Beutel mit 6000 Mk. und flüchtete. — In der Nähe des Bahnhofes Kompert sprang eine geisteskranke Frau, die von einer Nonne in eine Irrenanstalt gebracht werden sollte, aus dem Zuge. Die Nonne, die die Frau zurückhalten wollte, stürzte dabei auf das Geleis, wo sie mit zerquetsertem Schädel tot liegen blieb. Die Frau ist nur leicht verletzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Streikjustiz im Ruhrgebiet. Ein Bergarbeiter hatte während des Bergarbeiterstreiks auf der Straße ein bestimmtes Haus als Streikbrecherbude bezeichnet. Das hatte die Frau eines dort wohnenden Arbeiterswilligen gehört; sie erzählte es ihrem Mann, dieser machte beim Gendarm Anzeige, und am Freitag wurde der Angeklagte von der Bochumer Strafkammer zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hat 6 Wochen Gefängnis beantragt.

Genossenschaftsbewegung.

Eigenartige Methoden des Kampfes gegen die Teuerung. In der staatlichen Sozialpolitik kann man häufig den Vorgesetzten beobachten, daß die eine Hand umstößt, was die andere aufgerichtet hat. Daß der gegenwärtige Teuerungszustand den breiten Massen des Volkes untraglich zu werden droht, daß irgendwie Linderung geschaffen werden muß, sehen Regierung und Behörden ein. Mit der ihnen eigenen unachlässlichen Bedachtlosigkeit entschließen sie sich zu Hilfsaktionen, denen man freilich unbediente Ehre antun möchte, wenn man sie als halbe bezeichnen wollte. Doch — der gute Wille ist wenigstens scheinbar vorhanden und das Geständnis, daß unhaltbare Zustände sich herausgebildet haben, ein Geständnis, in dem jeder Kundige zugleich das der Mitschuld an den Zuständen erblickt wird. Was läge da näher, als eifrigste Begünstigung aller Bestrebungen, die geeignet erscheinen, der Not zu steuern? Aber — weit gefehlt! Es ist schon auf die widersinnige Schikantierung der Konsumvereine durch Steuern aller Art hingewiesen worden. In Bayern sollen die Konsumgenossenschaften jetzt sogar zu Kirchensteuern herangezogen werden, wobei noch die Streikfrage entsteht, ob sie dieses Opfer der evangelischen oder der katholischen Kirche bringen müssen. Auch die Warenhaussteuer hält man für ein passendes Mittel zur Särgung der Selbsthilfeorganisationen der Unbemittelten. Solche ungerechten, weil unsozialen Maßnahmen lassen sich nun durch den Ausbau der Organisationen doch in ihren Wirkungen abmildern, wenn ihre Folgen auch nicht beseitigt werden können. Weit schlimmer und unverantwortlicher ist es, wenn man der Hilfe dringend bedürftigen Konsumenten das Mittel der Organisation überhaupt raubt, wie das vielfach staatliche und andere Behörden tun, indem sie ihren Angelegten und Arbeitern, ja sogar deren Frauen, verbieten, die Mitgliedschaft in einem Konsumverein zu erwerben oder beizubehalten. Das wirkt geradezu wie ein Hohn auf die amtlichen Bemühungen gegen den nicht zu leugnenden Notstand! So hat dieser Tage wieder die Verwaltung der Eisenbahnen in Köln-Kippes nach bekanntem, aber nicht eben berühmtem Muster ihren Arbeitern die Mitgliedschaft im Kölner Konsumverein „Hoffnung“ unterjagt. Alle Welt weiß, daß gerade die in den Staatsbetrieben tätigen Arbeiter unter recht verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen leben, daß sie also gegenwärtig besonders schlimm daran sind. Jeder Fleißig Gegenstand bedeutet für sie eine wahre Wohltat. Und da nimmt man ihnen mit einem Federstrich das nahezu einzige Mittel, Ersparnisse zu erzielen im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erdrecht usw. usw. Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

len! Nimmt es ihnen, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihnen für das Verlorene irgendeinen Ersatz zu schaffen! Die Behörden dürfen sich angefaßt solcher Leistungen nicht wundern, wenn ihre Bemühungen, der Teuerung abzuwehren, sehr kritisch betrachtet werden, wenn Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Bemühungen entstehen. Die genannte Verwaltungsverordnung begründet ihre Anordnung mit der den Tatsachen zuwiderlaufenden Behauptung, der Verein „verfolge sozialdemokratische Zwecke“. Wir wollen diese dem Schema F entnommene Redensart nicht näher erörtern; alle Welt weiß, was dahinter steckt. Aber — die Behörde redet sich offenbar ein, mit ihrem Vorgehen der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Sollte ihr nicht der Gedanke näherliegen, daß sie mit ihrem gerade in gegenwärtiger Zeit besonders auffälligen Verhalten dort erst Sozialdemokraten züchtet, wo bisher keine waren?

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zum Genossenschaftskonflikt in Cutin.

Herr Borchert, bis zum 30. September d. J. Lagerhalter unserer Warenabgabestelle in Cutin, hat es für notwendig gehalten, in der Sonnabend-Nummer dieses Blattes die Berichte der Versammlungen, die sich mit seiner Angelegenheit befaßten, zu kritisieren und einige Behauptungen aufzustellen, die wir nicht unwidersprochen lassen möchten.

Herr Borchert läßt durchblicken, als wenn durch seine besondere Tätigkeit die Warenabgabestelle in Cutin sich gut entwickelt hätte und führt zu diesem Zweck sogar noch eine Stelle unseres Jahresberichts des 5. Geschäftsjahrs an.

Er sollte aber bedenken, daß sämtliche unserer Warenabgabestellen sich einer guten Entwicklung erfreuen, jedoch doch wohl anzunehmen ist, daß dies auch für Cutin zutreffen mußte, wenn die Verwaltung der Warenabgabestelle nur eine solche ist, wie sie die Mitglieder erwarten können.

Herr Borchert meint dann weiter, er hätte keinen Konflikt mit der Gesamtverwaltung gehabt, sondern nur mit zwei, von ihm besonders angeführten Vorstandsmitgliedern, scheint aber dabei zu vergessen, daß der Vorstand unserer Genossenschaft doch das ausführende Organ ist und in folgedessen Konflikte, die er mit diesem Organ hat, genügen, daß ein zufriedenstellendes Verhältnis nicht aufkommen kann und daß ein derartiges Verhältnis dem Aufsichtsrat ebenfalls bekannt wird, ist doch wohl selbstverständlich.

Herr Borchert führt dann als Entschuldigung auf den Vorwurf des Herrn Rasch, er hätte auf ein von der Verwaltung an ihn gerichtetes Schreiben keine Antwort gegeben, an, daß er sich mit seinem Verband in Verbindung gesetzt habe und dieser die Sache übernommen hätte.

An und für sich bleibt die Sache gleich, denn Herr Borchert hätte immerhin noch die Verpflichtung gehabt, uns von der Sachlage zu benachrichtigen. Außerdem geht aus dem Schreiben des Lagerhalterverbandes hervor, daß die betr. Versammlung erst 2 1/2 Wochen nach Abendung unseres Schreibens stattgefunden hat.

Herr Rasch, der dies Verhalten des Herrn Borchert in einer Versammlung in Cutin kritisiert hat, hat also vollständig recht gehabt.

Ähnlich verhält es sich mit der angeblichen Äußerung des Geschäftsführers Henze in der Versammlung, die am 1. 9. in Cutin stattgefunden hat. Da ist von Henze ausdrücklich erklärt worden, einen besseren Lagerhalter wie Borchert in der letzten Zeit, d. h. also seit der Zeit, daß Borchert die Kündigung nahe gelegt sei, wünsche der Vorstand garnicht.

Der dann noch angeführte Ausspruch des Kassierers Jaedstat ist für die Verwaltung wahrlich nicht ausschlaggebend gewesen, sondern, und das betonen wir ausdrücklich, die ganzen Verhältnisse führten zur Kündigung.

Wir sind auch der Meinung, daß eine derartige Angelegenheit sich nicht zur Besprechung in der Tagespresse eignet, müßten aber notgedrungen diese Unrichtigkeiten in dem Eingekleidet des Herrn Borchert richtig stellen und möchten bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, denjenigen Teil unserer Mitglieder, denen die Cutiner Angelegenheit noch nicht genau bekannt ist, die Mitteilung zu machen, daß die Cutiner Genossen nicht nur einen eigenen Verein gründen wollen, sondern sich nicht scheuten, als von unserer Seite eine Versammlung, die Aufklärung geben sollte, einberufen wurde, in Cutin dann für denselben Tag ebenfalls eine Versammlung einberufen und hierzu durch große Annoncen einladen.

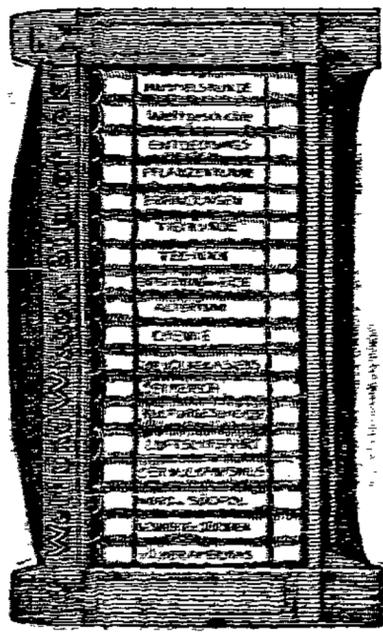
Der Vorstand
des
Konsumvereins für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Briefkasten.

2 Streikende. Nach Vollendung des 21. Lebensjahres bedürfen die Kinder der Einwilligung der Eltern usw. für Eingehung einer Ehe nicht mehr. (§ 1305 d. Bürgerlichen Gesetzbuches.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsern Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Denzichen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Prähistoriezeit. — Dem die Erde ergötzt. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Genossenschaft.

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einflug der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwindene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erdrecht usw. usw. Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 32 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungserreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungserreisen nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungserreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellweise für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.
Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.
Unterschiedeter abonniert hierdurch auf
„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pfg.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____